: antifaschistische nachrichten Nr. 14

g 3336 11.7.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Protest gegen „Identitäre" in Karben

KARBEN. Im Mai hatten sich Akteure der sog. „Identitären Bewegung" aus dem Rhein-Main-Gebiet in Karben bei Frankfurt getroffen, um in Zusammenarbeit mit dem um die „Junge Freiheit" angesiedelten „Institut für Staatspolitik" den Grundstein für eine „Identitäre Projektwerkstatt" zu legen. In Karben sollen künftig Vorträge stattfinden sowie eine Bibliothek und ein Laden, in dem Schriften und Materialien der „Identitären Bewegung" erhältlich sind, eröffnet werden. Mittlerweile regt sich Widerstand gegen die extrem rechte „Projektwerkstatt" um den Inhaber Andreas Lichert, die sich zudem in der Nähe einer Moschee befindet. An der Auftaktveranstaltung des eiligst gebildeten „Bündnis offenes Karben", dem zahlreiche politische und gesellschaftliche Gruppen der Stadt angehören, nahmen rund 500 Menschen teil. Kulturstadtrat Philipp von Leonhardi (CDU) zeigt sich optimistisch: „Wir brauchen keine neue Identität und keine Ausgrenzung. Und wir werden die Angreifer müde machen, bis sie ihre Aktivitäten einstellen". *hma* ■

AfD-Aufbau in NRW

NRW. Die sog. „Alternative für Deutschland" meldete am 16. Mai auf ihrer Internetseite, dass der Aufbau aller Bezirksverbände in NRW abgeschlossen sei. Nach Düsseldorf, Köln, Münster und Detmold war nun auch in Arnsberg ein Bezirksverband gegründet worden. Bis Ende Juni entstanden die AfD-Kreisverbände Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischer-Kreis, Kreis Paderborn, Rhein-Kreis-Neuss, Kreis Dortmund, Kreis Kleve, Kreisverband Rhein-Erft und die Stadtverbände Solingen, Köln und Essen. Direktkandidaten der AfD zur Bundestagswahl wurden bislang in Dortmund, in Düsseldorf, in Köln, im Rheinisch-Bergischen-Kreis, im Ennepe-Ruhr-Kreis und in Krefeld/Neuss aufgestellt. Die Landesgeschäftsstelle der AfD wurde bereits Mitte Mai in Düsseldorf eröffnet. Für den

Aus dem Inhalt:

„Ich hab noch nie einen Neonazi auf einem Fahrrad gesehen"

Vorläufiges Fazit aus der Beobachtung des bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses 2012/2013, 27. Juni 2013

– Teil 1 – von Birgit Mair [1]



Demonstration für die NSU-Opfer am 13. April 2013 in München
Foto Birgit Mair

Am 19. Februar 2013 präsentierte sich der Münchner Kriminaloberrat a.D. Franz-Josef Wilfling im Bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss mit einer bemerkenswerten und prototypischen Aussage: Er habe noch nie einen Neonazi auf einem Fahrrad gesehen.

Wilfling war Leiter der 5. Mordkommission in München und zuständig für die Aufklärung des Mordes an dem türkischstämmigen Obst- und Gemüsehändler Habil Kılıç, der am 29. August 2001 in seinem Geschäft in der Bad-Schachener-Straße München ermordet wurde. Man habe die in Tatortnähe beobachteten Radfahrer „zwar einbezogen", gefahndet worden sei aber zunächst nach dem Fahrzeug „mit dem Mischling". Obwohl Wilfling mittlerweile davon ausgeht, dass es sich bei den Radfahrern um die wahren Täter handelte, relativierte er die von ZeugInnen gemachten wichtigen Beobachtungen in der Nähe des damaligen Tatortes. „Mir war es lieber, dass die Ermittlungen in Bayern geführt wurden, (…) weil ich die für kompetenter halte" [2]. Auf die Frage einer Abgeordneten, ob er aus heutiger Sicht etwas anders machen würde, antwortete er konsequenterweise: „Nein" [3].

Eine erste Analyse der bisherigen Arbeit des bayerischen Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" führt zu dem Ergebnis, dass die neonazistische Szene sowohl durch die Ermittlungsbehörden als auch durch den Verfassungsschutz systematisch falsch eingeschätzt bzw. verharmlost wurde. Polizeilich ermittelt wurde fast ausschließlich im persönlichen und beruflichen Umfeld der Mordopfer. Weiterhin waren rassistische Einstellungen bei einem relevanten Teil der vernommenen bayerischen Beamten zu verzeichnen.

Meine Analyse beruht auf der Auswertung von 77 Sitzungsstunden des Untersuchungsausschusses; die Beobachtungsprotokolle umfassen mehr als fünfhundert Seiten (Stand 5. Juni 2013). In öffentlicher Sitzung wurden bis dato 43 verschiedene ZeugInnen befragt. Bis auf drei externe Sachverständige in der Anfangsphase und in der Endphase Angehörige der Opfer waren dies ausschließlich Polizisten, Mitarbeiter des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz sowie in Nürnberg und München ansässige Staatsanwälte. Inhaltlicher Fokus war die Aufklärung von Ermittlungsfehlern bei der Mordserie an bundesweit neun Migranten, davon fünf in Bayern. [4]

→ *Fortsetzung Seite 5*

13. Juni hatte die AfD eine Vortragsveranstaltung mit dem ehemaligen BDI-Chef Hans-Olaf Henkel im Biebrich-Saal an der Krefelder Rennbahn angekündigt, die vom Sprecher der AfD in NRW, Prof. Dr. Alexander Dilger, eröffnet werden sollte. Als Moderator der Veranstaltung wurde Carlos Gebauer genannt, der zu den Autoren der rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei“ gehört. Für den 09. Juli plant die AfD eine öffentliche Veranstaltung mit ihrem Bundessprecher Bernd Lucke im Aachener Eurogress. *hma* ■

Zoff wegen Pawelka-Rede

HANNOVER/KÖNIGSWINTER. Eine im Vorfeld des „Deutschlandstreffens“ der „Landsmannschaft Schlesien“ Ende Juni in Hannover bekannt gewordene Rede von Rudi Pawelka, dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft, hatte zu Absagen und zu einem Rücktritt geführt. Die Rede von Pawelka diene nicht der deutsch-polnischen Versöhnung, so der Niedersächsische Innenminister Pistorius und Landtagspräsident Busemann, sie sagten ihr Erscheinen kurzfristig ab. Zuvor war der Präsident der „Schlesischen Landesvertretung“, Michael Pietsch, von seiner Funktion zurückgetreten. Er warf Pawelka einen rückwärtsgewandten Kurs vor. Wir seien nicht mehr im Kalten Krieg und es sei nicht mehr die Zeit der radikalen Forderungen, äußerte Pietsch. Einseitige Versöhnung bringe es auf Dauer nicht, hieß es u.a. in Pawelkas Rede. Bis heute fehle eine klare Entschuldigung für die nach dem Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen, so der Schlesier-Chef, er lobte dagegen Ungarn und Rumänien. Pietsch hingegen bleibt bei seiner Kritik an einer Aneinanderreihung ausschließlich solcher Aspekte der deutsch-polnischen Geschichte, die jeweils in einem Vorwurf gegen die polnische Seite münden. Dieser Konflikt sei keine Auseinandersetzung zwischen Einzelpersonen, betont Pietsch. Innerhalb der Landsmannschaft gebe es schon länger Diskussionen um die inhaltliche Ausrichtung. Eine weitere Folge der Pawelka-Rede: Das „Haus Schlesien“ in Königswinter hat der „Landsmannschaft Schlesien“ die Büroräume gekündigt.

„Junge Freiheit“ 27/2013 – hma ■

Völkische Rabauken

„Schon 32 Bünde haben seit dem Eisenacher Burschentag vor einem Jahr der Deutschen Burschenschaft wegen der Dominanz rechtsextremer Tendenzen den Rücken gekehrt. Doch für die Bundesregierung bleibt die Deutsche Burschenschaft eine „demokratische Studentenorganisation““, beklagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Zunahme rechtsextremistischer Tendenzen in der Deutschen Burschenschaft“ (Drs. 17/13855). Jelpke weiter:

„Auch zum jetzigen Zeitpunkt liegen der Bundesregierung demnach keine hinreichenden Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der Deutschen Burschenschaft vor. Muss die Deutsche Burschenschaft neben ihren bunten Mützen und Schärpen erst noch Braunhemden einführen, damit auch die Bundesregierung erkennt, welcher braune Ungeist dahinter steckt? Konsequenter zeigten sich die Münchner Burschenschaft Franco-Bavaria, der Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) angehört, und die Münchner Burschenschaft Arminia-Rhenania, zu deren Alten Herren der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion Hans-Peter Uhl (CSU) zählt. Beide Bünde haben die Deutsche Burschenschaft verlassen, weil diese sich nicht von rassistischen und rechtsextremen Mitgliedern trennen wollte. Wenn es die Bundesregierung ernst meint mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus, dann darf sie nicht länger die Augen vor dem Treiben der völkisch-antisemitischen Rabauken in Nadelsteifen verschließen, von denen sich viele für Ariernachweise und ein Großdeutschland in den Grenzen von 1937 stark machen und sich nicht von der NPD abgrenzen wollen.“

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 01.07.2013 ■

„Rock für Deutschland“

GERA: Am 6. Juli 2013 hat der NPD-Kreisverband Gera und parteiunabhängige Neonazis auf dem Vorplatz des dortigen Hauptbahnhofs den „11. Rock für Deutschland“ veranstaltet. Zu dem traditionellen Neonazi-Event (im Vorjahr kamen rund 1000 Teilnehmer, dieses Jahr ca. 700) unter dem Motto „Deutschland - Zukunft - Solidarität“ waren Redner wie Patrick Wieschke, Gordon Richter, Matthias Fischer, Safet Babic und Maria Frank angekündigt. Den musikalischen Teil bestritten Gruppen wie „Die Lunikoff Verschwörung“, „Stimme der Vergeltung“, „Frontfeuer“ und „Sachsenblut“. Ein antifaschistisches Protestcamp am Geraer Hauptbahnhiof wurde von der Polizei geräumt. Ein Bündnis organisierte eine Demonstration gegen das Nazi-Konzert, zu der ca. 1000 Personen kamen. Ein Sprecher des Protestbündnisses, Sandro Witt, äußerte am Samstag Kritik und sprach von einer „Willkommenskultur für Neonazis“. Alle Beteiligten müssten gemeinsam noch mehr tun, um die NPD-Veranstaltung zu vertreiben. „Stattdessen lag unser Kundgebungsort noch weiter entfernt von den Neonazis als voriges Jahr“, sagte Witt. „Wir waren nicht mehr in Hörweite des NPD-Konzertes.“ Im Vorjahr hatte die Polizei 1000 Neonazis und 2000 Gegendemonstranten gezählt. Die deutlich geringere Zahl der Protestteilnehmer erklärte Witt auch mit einer Aktion in Halle. Dort verhinderten mehrere hundert Menschen mit Straßenblockaden einen geplanten Naziaufmarsch von rund 100 Rechten.

ag-rex/ND ■

Meldungen der ag-rex

„Existenz rechtsterroristischer Strukturen scheint möglich“

BERLIN: Im neuen vom Präsidenten Hans-Georg Maaßen vorgestellten Verfassungsschutzbericht des Jahres 2012 konnte der Dienst die Existenz rechtsextremer terroristischer Strukturen nicht mehr einfach in Abrede stellen, hält sie nach den NSU-Morden immerhin für möglich. Die Analyse bleibt jedoch trotz der diversen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und vieler polizeilicher Ermittlungen im Zusammenhang mit den Morden des NSU dürftig, wenn es lediglich heißt: „Vor dem Hintergrund einer stark durch Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung geprägten rechtsextremistischen Szene erscheint die Existenz weiterer rechtsterroristischer Strukturen zumindest möglich. Auch eine Übernahme sonstiger militanter Vorgehensweisen aus anderen extremistischen Phänomenbereichen ist vorstellbar.“ Antworten zu den bestehenden neonazistischen Netzwerken findet man nicht. Stattdessen breitet sich der Bericht vor allem über den islamistischen Terrorismus und die Gefahren für Deutschland, das Anwachsen der Salafisten (von 3800 auf 4500 Personen) und den „individuellen Dschihad“ aus.

Der Berichtet listet auf, dass Ende 2012 in der BRD insgesamt 22 150 Personen zum rechtsextremistischen Personenpotential gezählt wurden, darunter 9600, die eine hohe Gewaltbereitschaft zeigen. 6000 werden als Neonazis eingestuft, 7500 als subkulturell geprägte Rechtsextremisten. Die Mitgliederzahl der NPD sei mit 6000 (2011: 6300) weiter rückläufig. „pro NRW“ (1000 Mitglieder) und „DIE RECHTE“ (150 Mitglieder) konnten diese Verluste nicht kompensieren. ■

Apfel bei Sachsentag

VOGTLAND/ZOBES: 720 Anhänger der Jugendorganisation der NPD zog es am 8. Juni 2013 in diesen Ortsteil von Neusalz. Versuche, die Veranstaltung „Sachsentag“ zu verhindern, waren im Vorfeld gescheitert. Die Neonazis nutzten ein Privatgrundstück und deklarierten das Treffen als geschlossene Veranstaltung. Neben dem Auftreten mehrerer Nazibands durften sich die Teilnehmer Reden verschiedener NPD-Größen aus Sachsen und Berlin, darunter des Bundesvorsitzenden Holger Apfel, anhören. ■

Münchner Rechter baut Nagelbombe

Bei einer Hausdurchsuchung in München-Schwabing haben Polizeibeamt_innen am Freitag Abend eine fertig gebaute Nagelbombe und Gewehrmunition gefunden. Im Pressebericht verschweigt die Münchner Polizei den rechten Hintergrund des mutmaßlichen Bombenbauers vollständig.

Mit Schusswaffe aufgegriffen

Freitag, 28. Juni 2013, im gutbürgerlichen Schwabing: Eine Zeugin teilt gegen 21.20 Uhr einer Polizeistreife mit, dass sie vom eigenen Fenster aus in einer Wohnung einen Mann mit einer Pistole gesehen habe. Polizeibeamt_innen beginnen eine Observation. Gegen 22.00 Uhr verlässt der völlig betrunkene 33-jährige Wohnungsinhaber, Fabian F. (Name bekannt), zusammen mit einem 18-jährigen Mann die Wohnung. Die Waffe, eine geladene Schreckschusspistole, hat der Ältere in seinem Hosenbund versteckt.

Auf eine Polizeikontrolle folgt eine Hausdurchsuchung. In der Wohnung im Erdgeschoss finden Polizeibeamt unter anderem eine Gotcha-Waffe, erlaubnispflichtige Gewehrmunition, drei in Deutschland nicht erlaubte Böller (sogenannte „La Bomba“) und 1,5 Gramm Betäubungsmittel. Der brisanteste Fund liegt auf dem Küchentisch: eine explosionsfähige Nagelbombe! Fabian F. soll sie selbst gebaut haben, in dem er einen Knallkörper mit Metall verdämmt und mit Nägeln und Schrauben bestückt hat.

Bombenbauer zunächst auf freiem Fuß

Der Durchsuchte Fabian F. wird festgenommen, kommt aber schnell wieder frei. Am Samstag Nachmittag wird der mutmaßliche Bombenbauer bereits wieder aus der Haft entlassen. Ein Ermittlungsrichter hat zu diesem Zeitpunkt den Haftbefehl gegen Auflagen wieder außer Vollzug gesetzt. Die Staatsanwaltschaft München I legt Beschwerde ein, die trotz der eigentlich aufschiebenden Wirkung in diesem Fall seltsamerweise ohne Konsequenz bleibt: Jedenfalls ist F. am Abend wieder in seiner Wohnung und spielt dort mit seiner Katze. Erst am Sonntag Vormittag wird der mutmaßliche Bombenbauer hier erneut festgenommen und der Untersuchungshaft zugeführt.

Polizei verschweigt rechten Hintergrund

In der Pressemitteilung des Polizeipräsidiums München vom Sonntag, 30. Juni 2013 wird der rechte Hintergrund des mutmaßlichen Nagelbombenbauers Fabian F. vollständig verschwiegen. Der Fußballhooligan, über dessen Küchentisch eine große TSV 1860-Fahne hängt, weist solche Bezüge weit von sich. Bei dem Schmächtigen mit den kurzen schwarzen Haaren erinnert jedoch nicht nur ein verbotenes White-Power-Tattoo am Ringfinger seiner rechten Hand an zumindest frühere Beziehungen zur (Münchner) Neonaziszene:

Fabian F. (* 1979) gehörte nach a.i.d.a. vorliegenden Informationen bereits 1996/1997 der sogenannten Münchner „Altstadtszene“ an. Zeitweise über einhundert Neonazis und rechte Skins trafen sich damals regelmäßig am Fischbrunnen, im U-Bahn-Zwischengeschoss am Marienplatz oder in Kneipen in der Innenstadt. Diese Kreise werden für mehrere gewalttätige Übergriffe im Innenstadtbereich und zahlreiche rechte Straftaten verantwortlich gemacht. In den Jahren danach soll F. nach Behördenangaben weiter zumindest zu den Sympathisanten der rechten Skinszene gerechnet worden sein.

Einige der damals der „Altstadtszene“ angehörenden Neonazis schlossen sich später den neuen Münchner Kameradschaftsstrukturen in München und dem Umland an. Auch in der militanten „Kameradschaft Süd“, die mit der sogenannten „Schutzgruppe“ um Martin Wiese rechtsterroristische Strukturen ausbildete, waren schließlich Neonazis aus der ehemaligen „Altstadtszene“ aktiv.

30. Juni 2013, Robert Andreasch ■

Ludendorffer

SCHIERENSEE/HOLSTEIN: Die rechtsextremen „Ludendorffer“, die sich an den Schriften der Antisemitin Mathilde von Ludendorff (1877-1966) orientieren, führen weiter ihre jährlichen Treffen durch und nutzen dazu ihr „Ferienheim“ in Schierensee (Kreis Rendsburg-Eckernförde). Auf dem „Osselberg“ waren zahlreiche Anhänger aus allen Altersgruppen vertreten, deren Sonnenwendfeuer allerdings vom Regen gestört wurde. ■

Die Achse des Guten und AfD

Im rechten Spektrum wächst der Zuspruch für die Anti-Europa-Partei „Alternative für Deutschland“. Nach einer Umfrage der „Allgemeinen Zeitung/Ostpreußenblatt“, an der sich 2200 Leser beteiligten, gaben 88,5 Prozent der Befragten an, die AfD wählen zu wollen. Auseinandersetzungen in den Führungskreisen der CDU rief ein Blog „Die Achse des Guten“ von Vera Lengsfeld hervor, die darin die AfD „um der Fairnis willen“ gegen „unseriöse Anschuldigungen wegen angeblicher Rechtslastigkeit“ in Schutz genommen hatte. AfD-Chef Lucke bestätigte gegenüber dem „Handelsblatt“, dass er am 3. Mai 2013 mit Lengsfeld ein Gespräch über eine mögliche Zusammenarbeit geführt hatte. ■

Schacher um Posten und Geld

NRW/KÖLN: Der Versuch von „pro NRW“, verschiedene rechtspopulistische Bewegungen für eine gemeinsame Kandidatur bei der Europawahl im Mai 2014 zu gewinnen, ist offenbar gescheitert. Ihr Chef Markus Beisicht musste eingestehen, dass das Verhältnis zwischen „pro NRW“ und „pro D“ deutlich erkaltet ist und auch bei Gesprächen zwischen „pro NRW“ und Republikanern hätte es um Kandidaturen und Finanzen sicher heftiges Gerangel gegeben. Die Partei von Manfred Rouhs („pro D“) hat sich bereits für die Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 erklärt. Nun setzt Beisicht auf die Tatsache, dass 2014 parallel die Kommunalwahl in NRW stattfindet und man so durch die noch vorhandenen restlichen Abgeordneten von Republikanern in Städten wie Wuppertal und Essen mehr Bekanntheit erlangen kann. Außerdem hofft man bei „pro NRW“ auf Unterstützung aus anderen EU-Ländern (etwa von der FPÖ oder von Vlaams Belang). ■

Edelweißpiratenfestival im Kölner Friedenspark 14. Juli 2013, ab 13 Uhr

Das mittlerweile 9. Edelweißpiratenfestival widmet sich in erster Linie der lebendigen Erinnerung an jene mutigen, unangepassten Jugendlichen, die sich während der NS-Diktatur nicht haben verbiegen lassen. Zu diesem Zweck werden wieder mehr als 20 Bands ihre aktuelle Definition von unangepasster Popularmusik präsentieren, inklusive jeweils einer Interpretation eines Edelweißpiratenliedes. Zeitzeugen-Café, Ausstellung und Info-Stände laden zur Vertiefung und Diskussion ein.

Das Jahresthema „bündisch und frei“ lenkt den Blick auf ein deutsches Phänomen, das nicht nur die Jugendkultur der Edelweißpiraten entscheidend geprägt hat, sondern auch darüber hinaus der neueren deutschen Geschichte wichtige Impulse gegeben hat. Wir freuen uns auf einen lebendigen Austausch mit Zeitzeugen, Künstlern und Experten!

Veranstalter: Edelweißpiratenclub e.V. in Kooperation mit NS-DOK, Humba e.V., Südstadt Leben e.V.

www.edelweisspiratenfestival.de und www.facebook.com/Edelweisspiratenfestival

Ehemaliges KZ Sonnenburg wiederentdecken

Das Konzentrationslager Sonnenburg war 1933 zum Inbegriff des NS-Terrors gegen politische Gegner_innen. Heute ist das knapp 100 Kilometer von Berlin entfernt in der in der polnischen Stadt Słońsk gelegene KZ weitgehend vergessen. Eine Arbeitsgruppe der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) will das ehemalige KZ als Erinnerungsort für den europäischen antifaschistischen Widerstand neu entdecken.

„Folterhölle Sonnenburg“ hieß der Augenzeugenbericht, den der KPD-Politiker Rudolf Bernstein 1934 in der in Prag erscheinenden Arbeiter Illustrierten Zeitung (AIZ) verfasst hatte. Er war wie hunderte Nazigegner nach dem Reichstagsbrand am 27.Februar 1933 verhaftet worden. Weil in Berlin nicht genug Platz für die vielen Gefangenen vorhanden war, nahmen die Nazis das Zuchthaus Sonnenburg wieder in Betrieb, das 1930 von der preußischen Regierung wegen katastrophaler hygienischer Verhältnisse geschlossen worden war.

Doch die bis zu 1000 Häftlinge, in ihrer großen Mehrheit Kommunisten aus Berlin und Umgebung, die dort ab April 1933 in die viel zu engen Zellen gepfercht wurden, hatten nicht nur unter Enge, Wassermangel und schlechtes Essen zu leiden. Sie waren durch die brutalen SA-Wachmannschaften Demütigungen und Folter ausgesetzt.

Europaweit organisierten Hitlergegner_innen nach Bernsteins Bericht Solidaritätsaktionen für die Gefangenen. Der Publizist Carl von Ossietzky, der Schriftsteller Erich Mühsam und der Rechtsanwalt Hans Litten gehörten zu den in dem KZ gequälten Gefangenen. Alle drei überlebten das NS-Regime nicht

800 Gefangene wurden ermordet und die Täter nicht bestraft

Das KZ wurde im April 1934 wieder geschlossen und wurde in ein Zuchthaus umgewandelt, in dem auch viele politische Gefangene inhaftiert waren. Seit Beginn des zweiten Weltkrieges diente Sonnenburg erneut als KZ für Nazigegner aus allen von der Wehrmacht besetzten Ländern. In der Nacht vom 30. auf den 31. Januar 1945 wurden auf dem KZ-Gelände von der Gestapo über 800 Gefangene erschossen. Opfer dieses größten Massakers in der Endphase des NS-Regimes waren Angehörige einer kommunistischen Widerstandsgruppe sowie Gefangene aus allen von den Nazis besetzten Ländern. Besonders viele Opfer kamen aus Frankreich und Luxemburg. Dort wird alljährlich an dieses Massaker erinnert. Die Täter wurden in Deutschland nie verurteilt. 1971 waren in Kiel mehrere angeklagte Gestapo-Männer, die an dem Massaker beteiligt waren, freigesprochen worden, weil ihnen die individuelle Tatbeteiligung nicht nachgewiesen werden konnte.

In der Arbeitsgruppe der VVN-BdA, die sich für einen Erinnerungsort an das KZ Sonnenburg einsetzt, arbeitet auch Kamil Majchrzak von der polnischen Edition der LE Monde Diplomatique mit. Für ihn hat der geplante Gedenkort eine klare politische Botschaft „In Zeiten der Rechtsentwicklung in verschiedenen europäischen Ländern soll dort daran erinnern werden, dass Widerstandskämpfer_innen aus allen europäischen Ländern die Welt vom Nationalsozialismus befreiten“.

Die Arbeitsgruppe der VVN-BdA hat mittlerweile eine Datenbank mit über 500 Namen von Häftlingen des KZs Sonnenburg erstellt. Dabei konnte sie sich auf Vorarbeiten des polnischen Historikers und Leiters der lokalen Kommission zur Erforschung der deutschen Verbrechen in Polen, Przemysław Mnichowski stützen. „Leider existiert nach wie vor keine vollständige Namensliste der auf dem Kriegsgefangenen-Friedhof verscharrten Opfer des Zuchthauses“, erklärt Frieder Böhne vom Arbeitskreis der VVN-BdA. Die Arbeitsgruppe freut sich über Hinweise.

Am 12 und 13. September wird ist in Słońsk auf einer Tagung über die Gestaltung des Gedenkortes mit Teilnehmern aus Polen, Deutschland, Luxemburg, Norwegen, Belgien beraten.

Wer sich an dem Arbeitskreis und auch an der Tagung am 12./13. September beteiligen oder mit persönlichen Unterlagen und Fotos von Häftlingen, Berichten von Überlebenden oder Hinweisen auf Publikationen und Archivunterlagen sowie mit Spenden die Recherchen unterstützen möchte, kann sich an die Berliner VVN-BdA, Mehring-Platz 1, berlin(@)vvn-bda.org zu wenden. ■



Zuchthaus Sonnenburg, überlebende Gefangene Vor dem Anrücken der Roten Armee wurden im Zuchthaus in Sonnenburg/Neumark 8000 Insassen von den Faschisten ermordet. UBz: Zwei Überlebende, die sich bei den Massenerschießungen hinwarfen und totstellten, und so lebend dem Massaker entkamen Quelle: Wikipedia/ Bundesarchiv.

Fortsetzung von Seite 1

Ermittlungen hauptsächlich im Umfeld der Opfer

Dreh- und Angelpunkt des Skandals ist, dass jahrelang nicht in Richtung extreme Rechte ermittelt wurde, obwohl in den Jahren 2000 bis 2006 bundesweit neun Migranten mit derselben Waffe ermordet worden sind. Von den ermittelnden Polizeibeamten wurde vor dem Untersuchungsausschuss unisono erklärt, es habe seinerzeit keine Hinweise auf rassistische Hintergründe der Taten gegeben.

Von fast allen Zeugen wurde das Fehlen von einschlägigen Bekennerschreiben ins Feld geführt. Wer so argumentiert, hat wenig Ahnung von rechtem Terror oder will wenig Ahnung davon haben, denn Bekennerschreiben oder Ähnliches waren und sind bei den von Neonazis begangenen Morden oder Gewalttaten kaum üblich. Als bayerische Beispiele können das Oktoberfest-Attentat in München 1980, die Ermordung von Shlomo Lewin und Frieda Poeschke in Erlangen 1980 sowie der Brandanschlag in Schwandorf 1988 auf ein vorwiegend von TürkInnen bewohntes Haus dienen.

Von Anfang an wiesen Angehörige der NSU-Mordopfer auf ihren Verdacht hin, es könnten rassistische Tatmotive vorliegen, so die Familie des ersten Mordopfers, Enver Şimşek. [5] Derartige Hinweise wurden offensichtlich generell nicht ernst genug genommen. Dafür gab es bereits nach dem ersten Mord „mehrfach Abfragen“ [6] beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, ob es „Erkenntnisse zum Mordopfer“ [7] gäbe.

Allgemeine Verharmlosung der Neonazi-Szene

Neben der Ausblendung rassistischer Tatmotive beeindruckte die allgemeine Verharmlosung der Neonazi-Szene. Eine derartige Mordserie schienen die staatlichen Behörden den Neonazis nicht zugetraut zu haben. Wie konnte es zu einer derartigen Fehleinschätzung kommen, obwohl zum Beispiel die neonazistische Gruppe um Martin Wiese im Jahr 2003 einen massiven terroristischen Anschlag in München geplant hatte und diese Tatplanung zum Glück rechtzeitig aufgedeckt worden war? Von den bereits erwähnten neonazistischen Bluttaten ganz zu schweigen.

Im Untersuchungsausschuss wurde nie geklärt, warum von den 682 Neonazis im Großraum Nürnberg, die der BAO Bosporus vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz nach monatelangem Zögern genannt wurden, nur neun persönlich kontaktiert worden sind. Während die BAO Bosporus nach dem letzten in Bayern begangenen NSU-Mord im Jahr 2005 die Münchener Wohnung und den Schrebergarten des Mordopfers mit Spürhunden durchsuchen ließ, das Telefon dessen Bruders abhörte[8] und den Opferangehörigen falsche JournalistInnen unterjubelte [9], begnügte man sich bei den Ermittlungen in der rechten Szene mit einer Alibi-Überprüfung „bei einer zentralen Figur der Nürnberger Neonazi-Szene“ [10] und so genannten Gefährderansprachen bei neun Szenegrößen im Nürnberger Raum. Dies waren unter anderem der damalige bayerische NPD-Vorsitzende und Stadtrat der rassistischen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA), Ralf Ollert aus Nürnberg [11], der Nürnberger Ex-NPD-Aktivist Rainer Biller sowie der Fürther Szeneanwalt Frank Miksch [12]. Ergebnis der oberflächlichen Recherchen in der rechten Szene, wie nicht anders zu erwarten, gleich Null. Auch die staatlich bezahlten Neonazis, die so genannten „V-Leute“, hätten nichts Relevantes berichtet. Unbegreiflich bis heute die naiven Vorannahmen der ErmittlerInnen: Wieso sollten organisierte Neonazis die Wahrheit sagen, wenn es um Morde an den ihnen verhassten Migranten geht? Den bayerischen ErmittlerInnen fehlte – was die Neonaziszene anbelangte, jegliche Phantasie. Doch wenn es darum ging, die vermeintlichen Killer in der türkischen Community aufzuspüren, wurden in München und Nürnberg sogar falsche Dönerimbisse betrieben. Dies ist umso erstaunlicher, da nur eines der bayerischen Mordopfer in dieser Branche tätig war. Bundesweit waren es nur zwei.

Kriminelle „V-Leute“ wurden vom Staat geschützt

Eines wurde im bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss deutlich: Der Staat schützte die von ihm in ihrer Funktion als „V-Leute“ bezahlten Neonazis selbst dann, wenn es um Mord ging. Dies wurde dann „Quellenschutz“ genannt.

Von zwei „V-Leuten“ war im Untersuchungsausschuss immer wieder die Rede: Während der Name Tino Brandt von Zeugen und Abgeordneten offen ausgesprochen wurde, wurde um Kai Dalek ein Geheimnis gemacht wie um die Figur des Lord Voldemort in den Harry-Potter-Romanen. Die Landtagsabgeordnete Tausendfreund beging schließlich in der 22. Ausschusssitzung am 17. April 2013 einen Akt der Zivilcourage, wogegen der Ausschussvorsitzende Schindler protestierte. Unter Berufung auf eine Zeugenaussage vor einem anderen NSU-Untersuchungsausschuss verkündete sie, dass gegen den „V-Mann“ Dalek drei Ermittlungsverfahren gelaufen seien, eines davon wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Im Hinblick auf seine „V-Mann-

---

„Heimspiel in Istanbul“ – Gerechtigkeit 2.0

Im Dezember 2010 wurde der Schriftsteller Doğan Akhanlı, der in Köln lebt, von den konstruierten und gründlich widerlegten Vorwürfen eines Überfalls freigesprochen. Jetzt legt das Gericht in Istanbul nach: „Führer einer terroristischen Vereinigung“ und fordert „lebenslänglich“.


Foto: Juergen Romof 2013

Der Vorwurf ist absurd, nicht einmal der türkische Geheimdienst kennt die dubiose terroristische Organisation, die genannt wird, geschweige „Doğan K“, ihren konspirativen Führer.

Die Veranstaltung am 5.7. in der Alten Feuerwache in Köln mit dem obigen Motto hat diese Stränge zusammengebracht, die Ernsthaftigkeit der Vorwürfe und ihre Absurdität, die Aggressivität des türkischen Staates gegenüber jeglichen Abweichlern und die daraus sprechende Schwäche.

Der Start mit dem Blasorchester TNT, aktuelle Eindrücke und Hintergründe aus Istanbul, der Bericht des Rechtsanwalts, ein literarischer Beitrag von Dogan zur Situation und der kabarettistische Abschluss von Fathi Cevikkollu ließen die rund 200 Gäste der Veranstaltung ermutigt, optimistisch, besorgt nach Hause bzw. in den anliegenden Biergarten ziehen.

„Wir sind K.A.F.K.A. (K)“ steht auf den T-Shirts der DelegationsteilnehmerInnen, die am 31.7.2013 um 9:30 Uhr vor dem Gerichtsgebäude in Istanbul auflaufen werden: Sie sind da für Dogan, der nicht fahren kann, sie demonstrieren mit K.A.F.K.A. gegen die Absurdität des Prozesses.

UnterstützerInnen und Spenden sind willkommen.
ttp://gerechtigkeit-fuer-dogan-akhanli.de/blog/

Eigenschaft" seien die Ermittlungsverfahren jedoch alle eingestellt worden.

Kai Dalek war AntifaschistInnen bereits Anfang der 1990er Jahre ein Begriff. Er betrieb vom oberfränkischen Kronach aus einen so genannten Netzknoten des „Thule-Netzes"[13]. Über dieses Computernetzwerk waren persönliche Informationen über Nazi-GegnerInnen verbreitet und diese bedroht worden. Es besteht der Verdacht, dass dieses neonazistische Computernetzwerk auch mit Hilfe staatlicher Gelder aufgebaut worden ist und Dalek eine führende Rolle bei der Bespitzelung von Linken für die Neonazis („Anti-Antifa") und gleichzeitig für den Staat spielte. Zudem war er offensichtlich führender Funktionär verschiedener neonazistischer Gruppen wie der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) [14] und spielte zeitweise eine maßgebliche Rolle bei der Organisation der Rudolf-Heß-Demonstrationen [15].

Die Öffentlichkeit würde sicher gerne Genaueres über weitere Aktivitäten dieses „V-Mannes" in staatlichen Diensten erfahren: Immerhin stand der damals in Oberfranken lebende Neonazi auf den 1998 von der Thüringer Polizei gefundenen „Garagenlisten" des Uwe Mundlos.

„... als nicht gewaltbereit einzustufen"

Genau wie Dalek hatte der aus Thüringen stammende, aber auch in den bayerischen Städten Regensburg und Coburg aktive Neonazi und „V-Mann" Tino Brandt Kontakt zu den späteren NSU-TerroristInnen. Nachweislich baute Brandt den neonazistischen „Thüringer Heimatschutz" (THS) mit auf. In dieser militanten Nazi-Truppe wurden Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt politisch sozialisiert. Später spielte Brandt dann von Coburg aus – er arbeitete zu dieser Zeit beim extrem rechten Verlag Nation und Europa – eine wichtige Rolle bei der Gründung des „Fränkischen Heimatschutz" (FHS) Coburg. Unter diesem Namen sind auch heute noch bzw. wieder Neonazis aktiv. [16] Immerhin kam im Untersuchungsausschuss zur Sprache, dass die Kriminalpolizeiinspektion Coburg gegen den Gründer des „Fränkischen Heimatschutzes", Tino Brandt, zwei Ermittlungsverfahren eingeleitet hatte. Einmal ging es um eine Fahne mit Sigrunen (SS-Runen), die von außen sichtbar in seiner Coburger Wohnung gehangen sei, aber bei der Hausdurchsuchung plötzlich verschwunden war. Beim anderen Mal hatte der Zoll eine Lieferung von zehn an Brandt adressierten Büchern abgefangen. Die Bücher behandelten Themen wie das Führen von Kleinkriegen, das Basteln von Rohrbomben oder den Umgang mit Sprengstoff. Brandt behauptete erfolgreich, er habe die kriminellen Machwerke gar nicht bestellt. Das einschlägige Ermittlungsverfahren wurde wie fünfunddreißig andere Ermittlungsverfahren gegen ihn eingestellt. Zur Erinnerung: Rohrbomben waren auch 1998 in einer der angemieteten Garagen der späteren NSU-Mörder in Jena gefunden worden.

Ein weiteres pikantes Detail zum „V-Mann" Brandt: Obwohl der im bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss angehörte Coburger Staatsschutzbeamte eigentlich wissen musste, dass gegen Brandt in Thüringen vielfach polizeilich ermittelt worden war, unter anderem auch wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, sagte er: „Ich war der Meinung, dass unsere Szene in Coburg als nicht gewaltbereit einzustufen war und der Meinung bin ich auch heute noch." [17] Seltsamerweise führte keines der insgesamt 35 Ermittlungsverfahren gegen Brandt zu einer rechtskräftigen gerichtlichen Verurteilung. [18]

Rassismus: Kein „ideologischer Überbau" der extremen Rechten?

Mitarbeiter des Bayerischen Verfassungsschutzes sprachen den Neonazis eine relevante gemeinsame Ideologie und den Willen zur revolutionären Veränderung dieser Gesellschaft ab. Der militante Rassismus der extrem Rechten und Neonazis sei jedenfalls kein bedeutsamer ideologischer Überbau der Rechten. Ebenso wurde unisono behauptet, der NSU sei nur eine kleine abgeschottete Gruppierung gewesen. Den meisten der befragten Polizeibeamten und Verfassungsschützer waren auch neonazistische Strategien wie der „Führerlose Widerstand" oder rechtsterroristische vorbildhafte Gruppierungen wie „Combat 18" nicht bekannt. Sie hätten es besser wissen können: Ein mittlerweile im Internet nachzulesendes 47 Seiten umfassendes Papier des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dem Jahr 2004 befasste sich detailliert mit derartigen Strategien und Gruppierungen. Auch die Personen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe waren in der VS-Broschüre u.a. im Zusammenhang mit den in ihrer Garage gefundenen funktionsfähigen Rohrbomben und ihrem Abtauchen namentlich erwähnt.

Rassistische Einstellungen und geradezu peinliche Fehleinschätzungen bei Behördenmitarbeitern

Am 15. Juni 2005 waren allein in Bayern bereits fünf unschuldige Menschen innerhalb dieser unaufgeklärten Mordserie hingerichtet worden. Die Ermittler wussten, dass es eine Mordserie war, weil alle mit derselben Waffe ermordet worden waren. Die Morde waren in München, der ehemaligen Hauptstadt der Hitler-Bewegung und in Nürnberg, der ehemaligen Stadt der NSDAP-Reichsparteitage, in unmittelbarer Nähe des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes begangen worden. Alle bayerischen Mordopfer lebten bereits seit langer Zeit in Bayern. Abdurrahim Özüdoğru beispielsweise hatte kurz vor seinem Tod sein 25-jähriges Dienstjubiläum bei einer großen Nürnberger Firma gefeiert, bei der er fest angestellt war. [19] Unter den bayerischen Mordopfern war mit Theodorus Boulgarides auch ein griechischer Staatsangehöriger. Umso erstaunlicher war es, dass die ab 1. Juli 2005 in Nürnberg angesiedelte polizeiliche „Besondere Aufbauorganisation Bosporus" (BAO) nicht den Namen eines deutschen, sondern den eines türkischen Gewässers bekam. Dies zeugt unter anderem von einer strukturell rassistischen Denkstruktur innerhalb der Ermittlungsbehörden. Bereits im Vorfeld war eine polizeiliche Sonderkommission „Halbmond" genannt worden, obwohl die Mordopfer in Deutschland gelebt hatten.

Jahrelang und mit großer Phantasie wurde in der Folge, wie bekannt, ausschließlich das Umfeld der Opfer krimineller Verstrickungen verdächtigt. Erst als bis zu 160 BeamtInnen jahrelang erfolglos Spuren hinein ins berufskriminelle Milieu verfolgt hatten, wurde ein so genannter Fallanalytiker beauftragt, nach weiteren Mordmotiven zu suchen. Das Ergebnis der in Polizeisprache so genannten „Operativen Fallanalyse" (OFA) von Alexander Horn im Frühjahr 2006 war, dass es auch ein oder mehrere Einzeltäter sein konnten, die aus Hass Türken töteten. [20] Doch statt jetzt endlich verstärkt nach Neonazis zu suchen, wurde eine weitere Fallanalyse in Auftrag gegeben, die vor Rassismus nur so strotzte. Zitat aus dem im Ausschuss vorgelesenen Text:

„Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturraum mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltenssystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verankert ist" [21].

Mit dieser Wertung war die Analyse von Horn relativiert und es wurde weiter auch im Umfeld der Opfer ermittelt.

Eine abenteuerliche und brandgefährliche Argumentation brachte Ministerialdirigent a.D. Dr. Wolf Dieter Remmele, vormals Abteilungsleiter beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, bei seiner Vernehmung vor. Der Anstieg der rechtsextremen Gewalttaten und der Anstieg der Asylbewerberzahlen seien synchron verlaufen, so seine Argumentation. Der 1993 durch den Deutschen Bundestag beschlossene „Asylkompromiss" – die De-Facto-Abschaffung des grundgesetzlich garantierten Asylrechts – habe folgerichtig einen „Abfall rechter Gewalt" [22] bewirkt. Hartes Vorgehen gegen MigrantInnen wurde hier noch im Nachhinein gerechtfertigt.

Besagter Dr. Remmele hob sich auch noch in anderer Hinsicht von den blumigen und nebulösen Aussagen anderer Verfassungsschutz-Kollegen hervor. Er be-

Meldungen der ag-rex zum NSU-Komplex

Nach den beiden letzten planmäßigen Sitzungen im Mai steht nun die Erarbeitung des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses des Bundestages zu diesem Thema an. Er soll am 3. September 2013, also noch vor der Wahl eines neuen Bundestages, im Plenum dort diskutiert werden. (Er wird über 1000 Seiten haben mit 4 Kapiteln: ein Feststellungskapitel, was untersucht wurde, ein kritisches Bewertungskapitel, ein Empfehlungskapitel und ein Ergänzungskapitel, in dem jede Fraktion darstellt, was sie über den Konsens im Ausschuss hinaus anders einschätzt und vorschlägt.)

Außerplanmäßig hatte sich der Ausschuss am 24. Mai 2013 noch mit dem Verhalten des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg zu befassen. Auch dieser hat bei der Aufdeckung der Zusammenhänge um den Mord an der Polizistin Michelle Kiesewetter in Heilbronn eine zwielichtige Rolle gespielt, mehr verdeckt als aufgedeckt, die Aufklärung verschoben, bis es jetzt zu spät für weitere Ermittlungen war. Eine Rolle spielte auch noch einmal der Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße, wo jetzt vorgelegtes Beweismaterial zeigt, dass das BKA beweiskräftiges Videomaterial offenbar nur extrem lückenhaft vorgelegt hat. ■

Am Schluss der Beweisaufnahme wurde im Ausschuss zur Überraschung noch deutlich, dass die Suche nach dem Trio im Bundesamt für Verfassungsschutz dem Referat für Rechtsterrorismus oblag, dem dort jedoch praktisch kaum Bedeutung zugemessen wurde und dessen Referatsleiterin auch mehr ahnte als sie wusste. Die Suche nach dem Trio wurde mehr regional (Thüringen) geführt. ■

Als ein weiterer Kritik- und Streitpunkt bleibt, wie groß tatsächlich das Netzwerk der Helfer und Unterstützer des Trios war. Sicher war es größer als es die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe und das OVG in München bisher einräumten. Immerhin hatte das Bundeskriminalamt als Ermittlungsbehörde in seiner Liste an die Karlsruher BGA bereits 129 Namen erfasst. Aber während des Prozesses gegen Beate Zschäpe wurde dann bekannt, dass inzwischen sogar gegen etwa 500 Personen zeitweilige Ermittlungen und Überprüfungen im Zusammenhang mit den Verbrechen der Zwickauer Nazi-Terroristen geführt wurden, die Liste also erheblich erweitert wurde. Auch in dem interessanten Buch von Andrea Röpke und Andreas Speit „Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland" (Christoph Links Verlag, 288 Seiten, 2013) gehen die Autoren davon aus, dass Böhnhard, Mundlos und Zschäpe ein größeres Unterstützernetzwerk gehabt haben und nicht, wie allgemein angenommen, als isoliertes Terrortrio agierten. Stark waren die Fäden, die dieses mit dem „Blood and Honour"-Organisationsgefüge und anderen ausländischen Helfern, aber auch mit der „Fränkischen Aktionsfront", vielleicht auch mit der „Kameradschaft Süd München" verbanden. ■

Der Journalist und Autor Dirk Laabs hat in einer kritischen Bilanzierung des NSU-Ausschusses des Bundestages auf zentrale Fragen und Erkenntnisse hingewiesen, die jetzt auf dem Tisch liegen. Dazu gehört die Frage, weshalb das BfV und andere Verfassungsschutzämter so viele Quellen an Schlüsselstellen der militanten Naziszene postierten, die Mitglieder des NSU praktisch umstellten und die Morde trotzdem nicht verhindern konnten. Warum verschwanden Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe genau in dem Moment vom Radar der Dienste, als die Mordserie losging? Hat das BfV die Quellen nicht nachhaltig genug nach dem Trio gefragt, weil man Angst hatte, dass es zu verdächtig wirken könnte? Der Autor vermutet, dass man die Quellen nicht verlieren wollte, weil man die militanten Neonazis so fest im Griff zu haben glaubte. Und an Hand der zahlreichen Lügen, die von Verfassungsschützern auch im Ausschuss aufgetischt wurden, an Hand der vorgetäuschten Offenlegung aller Vorgänge ist inzwischen auch sichtbar: Es handelt sich nicht nur um Dummheit beim Schreddern, beim Verschweigen oder Ausschalten des Erinnerungsvermögens. Es geht um das strategische Ziel: Bei 13 000 gewaltbereiten Neonazis in Deutschland will man keinen Umbau des BfV, eine wirkliche Reform des BfV ist nicht in Sicht. Ob es einen weiteren Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex im neuen Bundestag gibt, ist offen. ■

---

hauptete, der „Nationalsozialistische Untergrund" könne gar nicht aus militanten Nazistrukturen wie „Blood & Honour" hervorgegangen sein. „Blood & Honour" sei nämlich „rechtzeitig verboten" [23] worden, also bereits vor der NSU-Gründung. Ein informelles Weiterbestehen dieser Strukturen wurde also ausgeschlossen oder verleugnet.

[1] Korrespondenzadresse: ISFBB e. V., Adamstr. 37, 90489 Nürnberg (www.isfbb.de).
Email: birgitmair@t-online.de. Die Autorin bedankt sich bei den Nordbayerischen Bündnissen gegen Rechts für den Fahrtkostenzuschuss. Auch den redaktionellen HelferInnen und allen, die die Protokolle erstellt haben, sei an dieser Stelle gedankt.

[2] Aussage von Franz-Josef Wilfling vom Polizeipräsidium München in der 14. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" am 19. Februar 2013. Zum Zeitpunkt der Ermordung des Obst- und Gemüsehändlers Habil Kılıç am 29. August 2001 in der Bad-Schachener-Straße in München war Wilfling Leiter der 5. Münchner Mordkommission.

[3] ebd.

[4] Die ermordete Polizistin Michèle Kiesewetter war während der seinerzeit laufenden Ermittlungen nicht in Verbindung mit der Mordserie an den Migranten gebracht worden, da eine andere Tatwaffe verwendet worden war. Deshalb spielte der Mordfall Kiesewetter im Bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss keine Rolle.

[5] Aussage von Albert Vögeler vom Polizeipräsidium Mittelfranken in der 11. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" am 22. Januar 2013

[6] ebd.

[7] ebd.

[8] Aussage von Harald Pickert vom Polizeipräsidium München in der 14. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" vom 19. Februar 2013

[9] Aussage von Dr. Walter Kimmel von der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg in der 21. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" vom 10. April 2013

[10] Aussage von Wolfgang Geier vom Polizeipräsidium Unterfranken in der 15. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" vom 20. Februar 2013

[11] Aussage von Manfred Hänsler vom Polizeipräsidium Mittelfranken in der 13. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" vom 5. Februar 2013

[12] Aussage von Manfred Witkowski vom Polizeipräsidium Mittelfranken in der 18. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" am 19. März 2013

[13] So auch die Aussage von Manfred Kellner vom Polizeipräsidium Oberfranken in der 11. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" vom 22. Januar 2013

[14] Vgl. http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/GDNF.htm

[15] Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste, Drucksache 12/5598, 21. September 1993

[16] Zum Beispiel trat am 20. August 2005 bei einem Neonaziaufmarsch in der Nürnberger Südstadt ein Neonazi mit dem T-Shirt „Fränkischer Heimatschutz" auf. (Foto im Archiv der Verfasserin). Im Zeitraum ab 2010 bis 2013 traten Neonazis des „Fränkischen Heimatschutzes" auf verschiedenen Demonstrationen mit Transparent auf. (Fotos im Archiv der Verfasserin)

[17] Aussage von Manfred Kellner vom Polizeipräsidium Oberfranken in der 11. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" vom 22. Januar 2013

[18] S. Antwort des Thüringer Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner (DIE LINKE), Drucksache 5/4198, 15. März 2012

[19] Aussage von Werner Störzer vom Polizeipräsidium Mittelfranken in der 13. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" vom 5. Februar 2013

[20] Aussage von Alexander Horn vom Polizeipräsidium Mittelfranken in der 17. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" am 6. März 2013

[21] Vom Ausschussvorsitzenden in der 20. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" vom 9. April 2013 vorgelesen

[22] Aussage von Dr. Wolf-Dieter Remmele, MinDirig a.D. StMI in der 9. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" am 18. Dezember 2012

[23] Ebd.

Auflösungsbeschlüsse gg Nazigruppierungen

Am Dienstag, den 25. Juni 13 haben mehrere rechtsextreme Gruppen aus dem außerparlamentarisch-aktivistischen Spektrum in Frankreich ihre Selbstauflösung bekanntgegeben bzw. angekündigt. Am Nachmittag gaben die Kleinpartei Troisième Voie („Dritter Weg", gemeint ist: zwischen Kapitalismus und Marxismus) von Serge Ayoub und ihr schlagender Arm Jeunesses nationalistes révolutionnaires (JNR; „Revolutionäre nationalistische Jugend") ihre „Selbstauflösung" bekannt.

Serge Ayoub erklärte dazu gegenüber der Presse, er komme dadurch einer staatlichen Auflösungsverfügung zuvor. Ayoub hatte knapp zwei Wochen zuvor eine Anordnung des Innenministeriums erhalten, das ihn über die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen seine Gruppierung informierte und ihm eine 14-tägige Frist einräumte, um Argumente gegen eine Verbotsverfügung vorzutragen.

Am Tag zuvor war ferner bekannt geworden, dass im südwestfranzösischen Agen sieben Jungnazis aus dem Milieu von Troisième Voie festgenommen wurden. Die sieben Jungmänner im Alter zwischen 22 und 35 Jahren, einige von ihnen Naziskins, sind zum Teil „polizeibekannt". Ihnen wird vorgeworfen, in der Nacht vom Samstag zum Sonntag (22.-23. Juni d.J.) in Agen einen 25- und einen 33-Jährigen attackiert zu haben. Der jüngere von beiden wurde wegen seiner nordafrikanischen Herkunft rassistisch beschimpft. Die beiden Männer befanden sich auf dem Nachhauseweg von dem seit Jahren in Agen stattfindenden linksalternativen Rockfestival La Prairie. Beide Opfer trugen Gesichtsverletzungen davon.

Offenkundig zog Ayoub es vor, eine geordnete Liquidierung seiner Gruppierungen einzuleiten; sicherlich nicht, ohne zuvor die Konten geleert und eventuelle materielle Werte auf die Seite gebracht zu haben. In der konservativen Tageszeitung Le Figaro wurde ferner gemutmaßt, die vorbeugende „Selbstauflösung" der beiden Gruppierungen diene auch dazu, das rechtsextreme Zentrum Le Local, das 2007 durch Ayoub (damals noch zusammen mit dem antisemitischen Schriftsteller Alain Soral) im 15. Pariser Bezirk eröffnet wurde, zu retten.

Die Kleinpartei Troisième Voie umfasste mutmaßlich rund 500 Mitglieder, die JNR rund dreißig. Der Urheber der tödlichen Schläge gegen den 18-jährigen Antifaschisten Clément Méric Anfang Juni d.J., der 20jährige Naziskin Esteban Morillo, hatte gegenüber den Ermittlungsbehörden angegeben, Ayoubs Kleinpartei „sechs Monate lang" (angeblich nur in der Vergangenheit) angehört zu haben.

Unterdessen wurde am Abend des 25. Juni 13 bekannt, auch die militante Neonazi-Gruppierung Jeunesses nationalistes (JN, „Nationalistische Jugend", nicht zu verwechseln mit den JNR) habe eine Anordnung aus dem französischen Innenministerium erhalten, durch die sie über die Einleitung eines Verbotsverfahrens informiert und zur Stellungnahme aufgefordert werde. Die JN weisen maximal 100 Mitglieder auf und waren im Oktober 2011 gegründet worden. Alexandre Gabriac, der 2010 für den Front National als damals jüngster Regionalparlamentarier Frankreichs (mit 20 Jahren) in Lyon – später Hochburg der JN – gewählt wurde, wurde ein Jahr später aus dem FN ausgeschlossen. Zuvor waren Fotos von ihm bekannt worden, die bei Facebook publiziert worden waren und auf denen er den Hitlergruß zeigt. Besonders während der Demonstrationen gegen die Homosexuellenehe im Frühjahr 2013 hatten die JN versucht, sich als militante Speerspitze aufzuführen.

Die JN dienten auch als Jugendorganisation für die extrem antisemitische Splitterpartei Oeuvre française, die im November 1968 gegründet und seit Anfang 2012 von Yvan Benedetti angeführt wird. Beneditti wurde wegen antisemitischer Äußerungen vom Juni 2011 (und wegen Gewalttaten gegen ein anderes Parteimitglied) aus dem FN ausgeschlossen. Derzeit bereiten sie sich offenkundig auf ihre bevorstehende Auflösung vor. Alexandre Gabriac erklärte am gestrigen Dienstag: „Das System hat uns einen Schlag versetzt, aber wir werden uns wieder aufrichten."

BS, Paris ■

Antifamobilisierungen

Am 22. und 23. Juni 13 fanden in mehreren Dutzend Städten Frankreichs antifaschistische Demonstrationen statt, die eine Reaktion auf den gewaltsamen Tod des jungen Antifaschisten Clément Méric darstellten. Er war am 05.06.13 in Paris unter den Schlägen des Skinheads Esteban Morillo gestorben.

Die Mobilisierung wurde dabei in relativ breiten Kreisen als „nicht auf der Höhe der Bedrohungssituation", oder sogar weit davon entfernt, eingestuft. Über die Pariser Demonstration mit circa 6000 Teilnehmer/inne/n berichteten wir bereits in der vergangenen Ausgabe. Auch in rund 60 anderen französischen Städten fanden im Verlauf des Wochenendes – also am 22. oder 23. Juni – Demonstrationen statt, die jedoch ebenfalls meistens relativ klein blieben. 500 Menschen in Lyon, wo in den letzten Monaten massive faschistische Gewaltvorfälle zu verzeichnen waren – das ist ausgesprochen in schwach. Im bretonischen Brest, der Stadt, aus der Clément Méric stammte, demonstrierten vielleicht 150 Menschen. Dort war die Spaltung zwischen linksautononem und politisch eher sektiererischem Milieu einerseits, reformistischen Linksorganisationen (darunter die „Linkspartei" von Jean-Luc Mélenchon, die zu Anfang fälschlich behauptet hatte, Clément Méric sei ihr Mitglied gewesen – und sich folglich „Vereinnahmung" vorwerfen lassen musste) andererseits besonders tief. Diese Kluft erwies sich als extrem schädlich für die antifaschistische Mobilisierung.

Unterdessen spielte sich am Dienstag, den 25. Juni und in den darauffolgenden Tagen eine Polemik zwischen verschiedenen französischen Medien ab, die den Kontext der tödlichen Schläge betrifft. Der notorisch rechtslastige (im konservativ-reaktionären Sinne) Radiosender RTL behauptete, Zugang zu einem Video erhalten zu haben, das die Polizei dank einer Überwachungskamera der Pariser Verkehrsbetriebe RATP in die Hände bekommen habe. Das Video zeige, dass den tödlichen Schlägen eine Prügelei vorausgegangen sei – und dass der Antifaschist Clément Méric den Naziskin Morillo „zuerst" und „in seinem Rücken" angegriffen habe, bevor dieser ihm im Gegenzug einen tödlichen Schlag versetzte. Ohne dass man erkennen könne, ob Letzterer dabei einen stählernen Schlagring benutzte oder nicht; dafür sei die Auflösung des Videos nicht gut genug. Allerdings widersprach die sozialdemokratische Tageszeitung Libération dem Radiosender RTL kurz darauf energisch: Auch sie habe das Video einsehen können, komme aber (ebenso wie die polizeilichen Ermittler) zu anderen Schlussfolgerungen. Die Szene, die man in dem Videoausschnitt sehen könne, zeige nur die Füße der beteiligten Personen und lasse deswegen nicht erkennen, wer wen geschlagen habe. Gesichert sei, dass den tödlichen Schlägen eine Prügelei vorausgegangen sei. Aber ebenso gut sei es möglich, dass Clément Méric lediglich einer von Esteban Morillo bedrängten anderen Person zu Hilfe geeilt sei. RTL erwiderte, man halte die eigene Version aufrecht.

Was aus der RTL-Version, die sich klar gegen die jungen Antifaschisten richtet, ebenfalls ausgeblendet wurde, ist, dass der Streit in dem Bekleidungsgeschäft offenkundig deswegen eskalierte, weil mehrere der anwesenden Skinheads T-Shirts mit der Aufschrift „100 % Rasse" trugen. Aus

Ausschlüsse und Ausfälle

Ausschlüsse aus der UMP wegen zu weit getriebener Zusammenarbeit mit dem FN. Unterdessen sind auf beiden Seiten rassistische Ausfälle zu verzeichnen…

Am 19. Juni 13 berichtete die konservative Tageszeitung Le Figaro auf ihrer Webseite: „Die ‚Ansteckungsgefahr' der Abkommen mit dem FN beunruhigt bei der UMP." So lautet die Überschrift des, am folgenden Tag auch in der Papierausgabe erschienen Artikels. Am selben 19.06.13 hatte die stärkste Oppositionspartei in Frankreich, die konservativ-wirtschaftsliberale UMP, den Bezirksparlamentarier und früheren Bürgermeister von Saint-Gilles (Gard, Südfrankreich), Olivier Lapierre, ausgeschlossen. Sein Parteiausschluss sanktionierte seinen offenen Bemühungen um ein Abkommen mit dem FN zu den Kommunalwahlen im März 2014. In diesem Zusammenhang hatte er erklärt, er wünsche - und unterstütze ggf. – eine Kandidatur von Gilbert Collard. Der prominente (und selbstverliebte) Anwalt war im Juni 2012 im Wahlkreis von Saint-Gilles zum Parlamentsabgeordneten in der Nationalversammlung gewählt worden. Er ist bislang parteilos, trat jedoch als Bewerber für den Front National an.

Am 03. Juli startete das „Politische Büro" – der Parteivorstand – der UMP ferner ein Ausschlussverfahren gegen Denis Vigouroux, Kommunalparlamentarier in Gonesse, wenige Kilometer nordöstlich von Paris. Dort soll er voraussichtlich auf dem dritten Listenplatz hinter Karim Ouchikh als Spitzenkandidat – auch bei der extremen Rechten gibt es einzelne arabischstämmige Politiker – antreten, für die „Marineblaue Sammlung" (Rassemblement bleu Marine, RBM). Unter diesem Listennamen wird der Front National in ganz Frankreich seine Bewerbungen für die Kommunalwahlen präsentieren. Am 13. Mai war in Gamaches, in der Picardie unweit des Ärmelkanals, bereits die „Aussetzung" der Mitgliedschaft des UMP-Aktivisten Arnaud Clergé bekannt gegeben worden. Er möchte seinerseits in der Kleinstadt, wo er wohnhaft ist, eine gemeinsame Liste von UMP und FN antreten lassen.

Andere UMP-Mitglieder, die bislang nicht mit Parteiausschluss (wegen parteischädigenden Verhaltens) bestraft worden, streben nach gemeinsamen Kandidaturen mit der extremen Rechten. Im südfranzösischen Carry-le-Rouet – im erweiterten Umland von Marseille – wird der 61jährige Bezirksparlamentarier Patrick Amate eine Liste der „Marineblauen Sammlung" (RBM) zu den Kommunalwahlen anführen. Er stammt aus einem parteilosen konservativen Milieu, war jedoch ab 2006 Mitglied im Wahlkreisvorstand der UMP, bei der er jedoch jahrelang keine Mitgliedsbeiträge entrichtete. Im März 2013 scheint er jedoch seinen Beitritt oder Wiederbeitritt vollzogen zu haben, nunmehr wurde sein Wieder-Ausschluss angekündigt. In Aix-en-Provence, Universitätsstadt und ebenfalls im Umland von Marseille gelegen, wird die Liste der „Marineblauen Sammlung" von Catherine Rouvier angeführt werden. Diese kommt ebenfalls aus der UMP, hat jedoch zwischenzeitlich bei der rechtskonservativ-nationalistischen und EU-feindlichen Kleinpartei „Souveränität, Unabhängigkeit und Freiheit" (SIEL) von Paul-Marie Coûteaux einen Zwischenstopp eingelegt. Paul-Marie Coûteaux und sein Splitterverein sind seit den Parlamentswahlen vom Juni 2012 formell mit dem FN assoziiert.

Die offizielle Linie bei der UMP lautet klar, dass eine offene Zusammenarbeit mit dem FN (als Konkurrenten) als parteischädigendes Verhalten zu werten sei. Allerdings ist der inhaltliche Gleichklang bei rassistischen Aussprüchen davon nicht betroffen. So hatte Jean-Marie Le Pen, der alternde „Ehrenvorsitzende" des FN – inzwischen 85jährig -, am Abend des Donnerstag, 04. Juli in Nizza über die „übelriechende und Juckreiz hervorrufende Anwesenheit der Roma" hergezogen. (Die Antirassismusbewegung MRAP hat deswegen eine Strafanzeige angekündigt.) Am Sonntag, den 06. Juli legte unterdessen der amtierende Bürgermeister von Nizza, Christian Estrosi von der UMP, nach. Er erklärte zum Thema, er „rufe alle Bürgermeister zur Revolte" auf, da die seit Juni 2012 amtierende (sozialdemokratisch-grüne) Regierung es ihnen nicht länger ermögliche, sich Roma und Gens du voyage („Landfahrer", Sinti) vom Hals zu halten. Er empfehle ihnen sein Rezept: Aufbau von zahllosen Überwachungskameras, Beaufsichtigung auf Schritt und Tritt, Beschlagnahme von Fahrzeugen.

Mehrfach setzte Estrosi dabei die Gens du voyage – eine administrativ anerkannte Kategorie, zu der in Frankreich rund 200 000 Menschen gehören – in Gegensatz zu Franzosen: „Sie wissen schon, diese schönen und dicken Wohnwagen, für die die Franzosen manchmal ein Leben lang arbeiten müssten, um auch solche zu haben." Viele der in Frankreich lebenden „Landfahrer" oder Sinti sind seit dem 15. Jahren Franzosen; im Unterschied zu den Roma aus südosteuropäischen Ländern sind sie keineswegs Neuzuwanderer. Ein Politiker der regierenden Sozialdemokratie aus dem Pariser Umland, Eduardo Rihan Cypel, reagierte darauf, indem er Estrosi „einen Aufruf zu Pogromen" vorwarf. Antirassismusorganisationen überlegen derzeit, Strafanzeige zu erstatten.

BS, Paris ■

---

dem Grunde waren sie durch die jungen Antifas zur Rede gestellt worden. Die Version von RTL und vergleichbaren Medien entpolitisiert die Angelegenheit, und reduziert sie auf eine „pure Streitigkeit zwischen rivalisierenden Jugendgruppen".

Unterdessen fand am Mittwoch, den 03. Juli 13 im Pariser Gewerkschaftshaus ein neues Bündnistreffen statt, ähnlich jenem vom 10.06., das dem Aktions- und Demonstrationswochenende von Ende Juni vorausging. Dieses Mal verlief es – im Vergleich zum vorausgegangenen – in ausgesprochen konstruktiver und wenig konfliktgeladener Atmosphäre, obwohl erneut ein breites Spektrum (von autonomer Antifa bis zur „Liga für Menschenrechte", von feministischen Antifas bis zur eher moslemkommunitaristischen „Partei der Eingeborenen der Republik") anwesend war. In konstruktivem Arbeitsklima wurden neue, gemeinsame Aktionstermine beschlossen.

Dazu gehört insbesondere eine frankreichweite Mobilisierung gegen die geplante „Sommeruniversität" des Front National, die am diesjährigen 14. September in Marseille stattfinden soll. Weitere Nachrichten dazu werden folgen.

BS, Paris ■

Immunität Marine Le Pens im EU-Parlament aufgehoben

Am Dienstag, den 02. Juli beschloss eine Mehrheit im Europäischen Parlament, die Immunität der Abgeordneten Marine Le Pen aufzuheben. Dadurch wird der Weg frei zu einer Anklageerhebung vor dem Straf- und Zivilgericht in Lyon. In dieser Stadt hatte Marine Le Pen am 10. Dezember 2010, während des parteiinternen Wahlkampfs innerhalb des FN (damals trat sie gegen den in Lyon ansässigen Bruno Gollnisch zum Parteivorsitz an, den sie im Januar 11 übernahm), ihren berüchtigten Auftritt. In ihrer Rede behauptete sie, „jene, die sich so sehr für den Zweiten Weltkrieg interessieren", sollten sich „einmal für diese veritable Besatzung interessieren", die von (angeblich) unter freiem Himmel und auf öffentlichen Plätzen in Frankreich betenden Moslems ausgehe.

Dagegen hatten die Antirassismusbewegung MRAP, aber auch das „Kollektiv gegen Islamophobie in Frankreich" (CCIF) und die „Liga für Menschenrechte" (LDH) Strafanzeige erstattet.

Bruno Gollnisch – ihr seinerseits unterlegener Gegenkandidat, der sich z.T. noch immer um die Auslandskontakte des Front National kümmert und ebenfalls dem Europaparlament angehört – wetterte in einer Blogmitteilung gegen „eine Entscheidung (des Europäischen Parlaments), die des Obersten Sowjet der UdSSR würdig wäre", einmal zeige sich die angebliche Meinungsdiktatur in der EUdSSR.

BS, Paris ■

93 000 Unterschriften für die Rechte der Roma in der EU

Über 93 000 Unterschriften für ein Ende der Diskriminierung von Roma in der Europäischen Union (EU) hat Amnesty International zusammen mit Roma-AktivistInnen am vergangenen Donnerstag an EU-Kommisarin Viviane Reding übergeben. Mit ihrer Unterschrift forderten die UnterstützerInnen, dass die EU alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um Regierungen, die die Roma nicht vor Gewalt und Diskriminierung schützen, zur Verantwortung zu ziehen.

Denn die Roma sind die größte aber gleichzeitig auch eine der am stärksten benachteiligten Minderheiten in Europa. Viele der 6 Millionen Roma in der EU werden Opfer rechtswidriger Zwangsräumungen, werden im Bildungssystem diskriminiert und im Zugang zum Arbeitsmarkt und zu angemessener Gesundheitsversorgung behindert. Diese Menschenrechtsverletzungen sind die direkte Folge des Versagens der EU-Mitgliedsstaaten. Deren Regierungen unternehmen nicht genug, um Vorurteile gegen Roma zu bekämpfen und die Diskriminierung zu beenden.

Die Tausenden Unterschriften haben Frau Reding gezeigt: Die Öffentlichkeit schaut genau hin! Die EU-Kommission muss der Diskriminierung von Roma endlich ein Ende setzen. Sie hat die Befugnis und die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten die EU-Antirassismusrichtlinie in Recht und Praxis umsetzen.

Wir danken allen UnterstützerInnen der Petition und werden Sie weiterhin auf dem Laufenden halten

Quelle: http://www.amnesty.de 01.07.2013 ■

EU-Kommission muss gegen Diskriminierung vorgehen

Die Europäische Kommission hat heute ihren zweiten Fortschrittsbericht zur Integration von Roma in den Mitgliedstaaten vorgestellt. Um die Situation von Roma endlich zu verbessern, schlägt sie außerdem eine unverbindliche Erklärung des Rates vor.

Ska Keller, Mitglied im Innenausschuss des Europäischen Parlaments, fordert schärfere Maßnahmen:

„Die Kommission muss Mitgliedstaaten, die einen Teil ihrer Bürgerinnen und Bürger wie Aussätzige behandeln, die Zähne zeigen. Mit ihrem Bericht zur Roma-Integration legt sie zwar den Finger in die Wunde. Aber sie muss auch bereit sein, die Grundrechte von EU-Bürgerinnen und –Bürgern zu verteidigen. Eine unverbindliche Erklärung des Rates, wie sie die Kommission jetzt vorschlägt, reicht dafür nicht.

Die Kommission darf nicht länger hinnehmen, dass Roma in einigen EU-Ländern von Amts wegen diskriminiert werden. Sie muss Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten einleiten, die faktisch getrennte Schule haben und Romakinder in speziellen Sonderschulen systematisch ausgrenzen. Sie darf auch nicht länger dulden, dass Roma-Siedlungen zwangsgeräumt und die Menschen in abgelegene Gegenden umgesiedelt werden.

Der Bericht der Kommission zeigt, dass es für Roma kaum Fortschritte in Europa gibt. Noch deutlicher wird der Schattenbericht von verschiedenen NGOs. Roma werden nach wie vor systematisch diskriminiert und sozial ausgegrenzt. Rassistische Gewalt gegen Roma ist an der Tagesordnung und wird polizeilich kaum verfolgt. Nur ein Bruchteil der Roma schafft es ins höhere Schulsystem, zwei Drittel sind arbeitslos, 20 Prozent haben keine Krankenversicherung, teilweise, weil sie sich als Bürgerin oder Bürger gar nicht registrieren können. 90 Prozent leben unter der Armutsgrenze, viele unter erbärmlichen Umständen.

EU-Zuschüsse zur Bekämpfung der Roma-Armut werden von den Mitgliedstaaten nach wie vor viel zu wenig abgerufen. Die Kommission handelt deshalb richtig, wenn sie künftig Mittel im Europäischen Sozialfond für die Armutsbekämpfung auch von Roma reservieren will."

Quelle: Pressemitteilung Ska Keller - Die Grünen Europäische Freie Allianz 26.06.2013 ■



Demo gegen Abschiebung am Hamburger Flughafen

Am 24.06. um 7 Uhr versammelten sich ca. 100 Leute am Hamburger Flughafen, um gegen die geplante Abschiebung des iranischen Studenten Ehsan Abri über Warschau nach Ungarn zu protestieren. Ehsan Abri droht in Ungarn nicht nur Haft, sondern auch die Abschiebung in den Iran, wo er als Kommunist und Homosexueller die Todesstrafe befürchtet.

Am Schalter der polnischen Fluggesellschaft LOT, mit der um 8.55 Uhr die Abschiebung stattfinden sollte, wurden Flugblätter an Passagiere verteilt und Transparente entrollt. Die Bundespolizei war sich wohl zunächst nicht einig über den Umgang mit der unangemeldeten Demo und verlangten lediglich, den Zugang zum Schalter freizuhalten. Später erschien Herr Müller, Leiter der Polizeiaußenstelle am Flughafen, und forderte dazu auf, den Bereich am Schalter zu verlassen, da angeblich Passagiere behindert würden.

Demonstrationen seien zwar erlaubt, aber nur in einem bestimmten Bereich in der Mitte der Halle, und das Ansprechen von Passagieren sei zu unterlassen. Diese Rechtsauslegung ist mehr als fragwürdig.

Die DemonstrantInnen, die inzwischen erfahren hatten, dass die geplante Abschiebung wohl heute nicht stattfinden wird, zogen dann mit Transparenten und Parolen durch die Abflughalle. Daraufhin stürmte plötzlich behelmte Landespolizei in die Halle und drohte mit Auflösung der Demo.

Diese wurde dann aber angemeldet, und Passagiere wurden per Megaphon und mit Sprechchören (die angeblich auch nicht erlaubt seien) weiter informiert. Gegen 8.30 Uhr verließen die DemonstrantInnen den Flughafen – in der Hoffnung, dass die Abschiebung nicht nur aufgeschoben, sondern verhindert wurde.

Quelle: http://kein-mensch-ist-illegal-hh.blogspot.de 24.06.2013 ■

Dublin II-Abschiebungen: 3 Abschiebeverhinderungen innerhalb einer Woche!

In den vergangenen Tagen gab es in Berlin, Hamburg und München Abschiebeversuche von Flüchtlingen nach Ungarn, die durch Proteste am Flughafen und/oder das beherzte Eingreifen von Passagieren verhindert wurden:

Donnerstag, 20.6.: Usman Manir aus Pakistan soll aus der Abschiebehaft in Eisenhüttenstadt nach Ungarn „überstellt" werden. Im Flughafen Berlin-Tegel protestieren AktivistInnen und fordern Mitreisende auf einzugreifen. Ein Passagier steht auf: http://www.taz.de/Kanadier-verhindert-Abschiebung/!118620/

Montag, 24.6.: Ehsan Abri aus Pakistan soll aus der Abschiebehaft in Schleswig-Holstein ebenfalls nach Ungarn „überstellt" werden. Kurz vor der geplanten Abschiebung am Montagmorgen kommt es nach einer Protest-Fax und Email-Kampagne zu einer Entscheidung des Innenministeriums, die die Abschiebung vorläufig stoppt. Er wird direkt frei-

gelassen. Am Hamburger Flughafen gibt es Proteste bis klar ist: Ehsan Abri wird heute nicht nach Ungarn fliegen.

DONNERSTAG, 26.6.: Ein afghanischer Familienvater soll aus der Abschiebehaft in Stadelheim ebenfalls nach Ungarn „überstellt" werden. Der Großteil seiner Familie befindet sich noch in Deutschland. AktivistInnen verteilen Flugblätter am Flughafen, eine Passagierin verhindert schließlich durch ihr Eingreifen die Abschiebung. Interview mit der Passagierin im Bayrischen Rundfunk: http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/abschiebung-gestoppt-interview-mit-flugzeugpassagierin-100.html

Das taz-Interview und auch das Radio-Interview sind zwei super Dokumente, wie Abschiebeverhinderung ganz praktisch funktioniert. Es wäre klasse auf dem Abschiebealarm-Blog diese beiden Berichte zu veröffentlichen, vor allem das Radio-Interview ist wie eine Anleitung. Wir sollten das jedenfalls unbedingt weiter verbreiten, wäre doch prima, wenn sich diese Praxis weiter ausweitet…

Freedom of movement is everybodies right!

Quelle: https://my.antira.info/mailman/listinfo/abschiebealarm – 28.06.2013

Residenzpflicht aufgehoben – Asylbewerber dürfen sich in Thüringen frei bewegen

Asylbewerber in Thüringen können sich jetzt im gesamten Freistaat ohne besondere Erlaubnis frei bewegen. Wie das Innenministerium mitteilte, ist die geänderte Verordnung zur „Residenzpflicht" zum 1. Juli in Kraft getreten. Sie beendet Restriktionen für Flüchtlinge, deren Asylantrag im Freistaat bearbeitet wird: Bisher mussten sie sich in dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt aufhalten, wo sie untergebracht wurden, oder in den Nachbarkreisen. Für eine Reise in andere Gebiete Thüringens musste erst ein Antrag bei der Ausländerbehörde gestellt werden.

Mit der neuen Verordnung hatte die schwarz-rote Landesregierung Mitte Juni einen jahrelangen Streit zwischen den Koalitionspartnern beendet. Während die CDU eine Neuregelung über Jahre konsequent blockierte, sprachen sich neben den Oppositionsparteien Linke, FDP und Grüne wiederholt auch Vertreter der SPD für die Aufhebung der Residenzpflicht aus. Zudem kritisierten Kirchen und Flüchtlingsinitiativen die alte Regelung als Diskriminierung der Asylbewerber und forderten deren volle Bewegungsfreiheit in ganz Thüringen.

Demonstrierende Asylbewerber vor dem Landtag in Erfurt MDR INFO Freie Fahrt für Flüchtlinge innerhalb von Thüringen

Von heute an dürfen sich Asylbewerber in Thüringen frei bewegen: Die „Residenzpflicht" ist weggefallen. Jan Bösche erklärt, welcher politische „Kuhhandel" das möglich machte.

01.07.2013

Selbst die Ausländerbehörden der Städte und Kreise im Freistaat hatten sich zuletzt für die Lockerung ausgesprochen: Als das Innenministerium die Meinung der Behörden dazu einholte, sprachen sich zwei Drittel für eine Aufhebung der Residenzpflicht aus. Grund für diese Haltung dürfte vor allem der bürokratische Aufwand gewesen sein, den die Verordnung mit sich brachte: Die Ausländerbehörden mussten massenhaft Reisegenehmigungen ausstellen, mit denen Asylbewerber „verbotene" Gebiete innerhalb Thüringens legal aufsuchen konnten. Vergleichbare Restriktionen für Asylbewerber gibt es in Deutschland damit nur noch in Sachsen und Bayern. Dort ist der Aufenhalt auf den Regierungsbezirk beschränkt, in dem sie untergebracht sind.

Für Spende:

Bitte unterstützen Sie unsere Bemühungen zur Stärkung des selbstorganisierten Widerstandes Geflüchteter gegen die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen in Deutschland und Europa indem Sie die Nachricht weiterverbreiten und die Unabhängigkeit unserer Arbeit durch Geldspenden sichern helfen:
Bankverbindung:
Förderverein The VOICE e.V., Sparkasse Göttingen, Kontonummer 127829
BLZ: 260 500 01

The VOICE Refugee Forum Jena

PRO ASYL zur Räumung des Flüchtlingsprotestcamps in München

Am Sonntagmorgen wurde das Protestcamp der hunger- und durststreikenden Flüchtlinge auf dem Münchener Rindermarkt von der Polizei geräumt. PRO ASYL mahnt die Verantwortlichen in Po-

Choucha: Europa verweigert weitere Aufnahmen

CHOUCHA, FLÜCHTLINGSLAGER IM SÜDEN TUNESIENS. Während des NATO Krieges flohen viele Flüchtlinge dorthin. Aktuell steht es kurz vor der Schließung. Für ca. 500 im Lager verbliebenen Menschen bedeutet das ein Leben ohne Grundversorgung und mit fraglichem Status in Tunesien. Europa verweigert weitere Aufnahmen.

Abgelehnten Flüchtlingen wird seit über einem halben Jahr der Zugang zu Lebensmitteln und medizinischer Versorgung verwehrt. Seit dem 25.06. ist zudem bekannt, dass der UNHCR keinem der Flüchtlinge, die im Camp bleiben, weitere finanzielle Unterstützung zukommen lassen wird. „Wir Flüchtlinge sollen so ausgehungert und dazu gezwungen werden, die lokale Integration anzunehmen", so Emad M. aus dem Sudan.

Weil die einzige alternative ein Leben mit unsicherem Status, ausgegrenzt, ohne Rechte in Tunesien ist, haben die Flüchtlinge entschieden, aus Protest und um sichtbar zu bleiben, nicht zu gehen.

Unklar ist, wie UNHCR, das tunesische Militär, dem das Gelände gehört, und die lokale Bevölkerung reagieren werden. Internationale Aufmerksamkeit ist aus diesem Grund dringend erforderlich, um etwaige Ausschreitungen und Anfeindungen gegen die Flüchtlinge, wie sie bereits in den letzten Jahren auftraten, anprangern und dokumentieren zu können.

In Anbetracht der Verantwortung, die die NATO-Staaten gegenüber den Flüchtlingen des Libyenkrieges tragen, ist es dringend notwendig, dass weitere Resettlementplätze (Umsiedlung in Drittstaaten) für die verbleibenden Flüchtlinge im Lager Choucha bereitgestellt, die Menschen hier aufgenommen werden und Rechte bekommen – so wie es im September 2012 in Deutschland endlich mit 201 anerkannten Flüchtlingen aus Choucha geschah. Die abgelehnten Asylsuchenden fordern weiterhin eine Wiederaufnahme ihrer zum Teil sehr mangelhaft durchgeführten Verfahren und ihre Anerkennung und Aufnahme als Kriegsflüchtlinge.

Wir, Mitglieder verschiedener migrationspolitischer Netzwerke wie Afrique-Europe-Interact, Welcome to Europe und borderline europe sowie von Flüchtlingsräten, lokalen antirassistischen Gruppen und der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), haben die Geflüchteten im Lager Choucha kennengelernt, unterstützen ihre Forderungen und appellieren an die europäische Öffentlichkeit, sich für die Aufnahme dieser Flüchtlinge einzusetzen. Die Medien rufen wir auf, die Vorgänge nach der angekündigten Schließung des Lagers kritisch zu beobachten und darüber zu berichten.

Pressemitteilung vom Flüchtlingsrat vom 28.6.2013 (gekürzt, Red. Lokalberichte HH)
http://chouchaprotest.noblogs.org/ und http://afrique-europe-interact.net ■

litik, insbesondere die bayerische Landesregierung, nach den dramatischen Ereignissen in München nicht zur Tagesordnung überzugehen.

Aufgrund der langen Verfahrensdauern befinden sich Asylsuchende über Jahre in einer äußerst prekären Situation. Besonders in Bayern, das seine landesrechtlichen Spielräume allesamt zu Lasten der Flüchtlinge ausschöpft, werden die Betroffenen systematisch aus der Gesellschaft ausgegrenzt.

Die Anliegen, die hinter den Protesten stehen, müssen endlich ernst genommen werden:

— Bayern muss die entwürdigende Unterbringung der Flüchtlinge in teilweise völlig heruntergekommenen Sammelunterkünften beenden. In anderen Bundesländern hat sich längst etabliert, dass ein Großteil der Asylsuchenden nach wenigen Wochen in normale Wohnungen umziehen darf. Das Lagerleben macht die Betroffenen psychisch kaputt, es billigt ihnen keinerlei Privatsphäre zu und macht ein selbstbestimmtes Leben unmöglich.

— Bayern ist eines der wenigen Länder, die nicht einmal die bundesgesetzlich bestehenden Möglichkeiten zur Lockerung der Residenzpflicht ausschöpfen. Während die große Mehrheit der Bundesländer die Residenzpflicht liberalisiert hat und den Betroffenen zumindest innerhalb des Landesgebiets Bewegungsfreiheit zugesteht, dürfen Asylsuchende in Bayern sich nur in ihrem Regierungsbezirk und einem Landkreis im benachbarten Bezirk aufhalten.

— Asylsuchende unterliegen nach wie vor einem neunmonatigen Arbeitsverbot und einer Schikane, die ihnen das Arbeiten oft so gut wie unmöglich macht: Die Neuregelung des Arbeitsmarktzugangs für Asylsuchende, die im Juni verabschiedet wurde, ermöglicht Asylsuchenden nach neun Monaten Arbeitsverbot allein einen „nachrangigen Arbeitsmarktzugang“. D.h., dass die Arbeitsagentur prüft, ob es für die in Frage kommende Stelle Bewerber gibt, die deutsche Staatsbürger oder Unionsbürger sind – wenn ja, haben diese Vorrang. Diese staatlich verordnete Diskriminierung von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt muss beendet werden.

— Schließlich muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für kürzere Verfahrensdauern sorgen. Es kann nicht angehen, dass Asylsuchende bis zu zwei Jahre auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten müssen. Während des Asylverfahrens leben die Betroffenen in permanenter Sorge. Das bange Warten - meist in Lagern, zur Untätigkeit verdammt - treibt Flüchtlinge in die Verzweiflung und raubt ihnen Jahre ihres Lebens.

Wenn die politisch Verantwortlichen Dramen wie das am Rindermarkt glaubhaft verhindern wollen, müssen sie dringend die Lebensverhältnisse von Flüchtlingen in Deutschland verbessern und die auf Abschreckung abzielende Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung aufgeben.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 02.07.2013 ■

Bayerische Asylpolitik muss menschenunwürdige Bedingungen beenden

In der gestrigen Nacht auf Sonntag, den 30.06.2013, wurde das Camp der protestierenden Asylsuchenden am Rindermarkt geräumt. Rund 50 Personen befanden sich dort seit vergangenem Samstag im Hungerstreik, seit Dienstag verweigerten sie sogar das Trinken.

Am gestrigen Samstag bot sich endlich ein Ausweg aus der verfahrenen Situation: Die protestierenden Flüchtlinge ließen dem Krisenstab ihre Verhandlungsbereitschaft mitteilen. Doch eine Verhandlungslösung scheiterte an der fehlenden Bereitschaft der bayerischen Staatsregierung. Anstatt den Flüchtlingen im Hungerstreik umgehend ein substantielles Verhandlungsangebot zu unterbreiten, entsandten Seehofer, Herrmann und Haderthauer, unterstützt durch den Münchner OB Christian Ude, nach Stunden die Vermittler Hans-Jürgen Vogel und Alois Glück. Diese hatten keinerlei Verhandlungsangebot dabei und hatten, wie sie selbst in einer Pressekonferenz in der Nacht betonten, noch nicht einmal ein Mandat, Verhandlungen zu beginnen. Sie forderten lediglich die protestierenden Flüchtlinge auf, ihren Hunger- und Durststreik sofort zu beenden, erst dann könne man Gespräche beginnen, um Empfehlungen an die Staatsregierung zu erarbeiten.

„Die Staatsregierung hatte die einmalige Chance, den Durststreik auf dem Verhandlungswege zu beenden und ein humanitäres Signal auszusenden. Stattdessen hielt sie an ihrer unmenschlichen Abschreckungspolitik fest und forcierte die gewaltsame Räumung des Protestcamps“, kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Die streikenden Flüchtlinge wurden von ihren unmenschlichen Lebensbedingungen zu ihrem verzweifelten Protest getrieben. Dass eine Verhandlungslösung scheiterte, liegt klar am kaltherzigen Agieren der CSU.“

„Der Protest wurde tagelang politisch kleingeredet, kurz vor den Verhandlungen wurde er öffentlich diskreditiert. Statt die Forderungen in den Vordergrund zu stellen, wurde die Glaubwürdigkeit der Protestierenden in Frage gestellt und von einer ‘Kommandostruktur’ gesprochen. Mit der Ankündigung von Verhandlungen wurden den Streikenden, die unter unglaublicher psychischer und physischer Anstrengung standen, falsche Hoffnungen gemacht“, kommentiert Ben Rau von der Karawane München. „Dass nach fünf Tagen des trockenen Hungerstreiks dann nicht einmal ein ernsthaftes Angebot kam, und stattdessen ein psychologisches Spiel mit den Betroffenen betrieben wurde, ist menschenverachtend.“

Bereits seit Jahren protestieren Asylsuchende immer wieder, teils mit drastischen Mitteln, gegen ihre menschenunwürdige Behandlung und die restriktive bayerische Asylpolitik. „Sozialministerin Haderthauer und Innenminister Herrmann lassen die jahrelangen Proteste und der jüngste Durststreik offenbar kalt. Eine harte Linie in der Asylpolitik zu zeigen, scheint ihnen wichtiger als die Würde der Flüchtlinge. Solange die Asylpolitik so restriktiv und menschenunwürdig bleibt, werden sich Flüchtlinge wieder gezwungen sehen, zu so drastischen Mitteln zu greifen. Anstatt weiter mit Menschenleben zu spielen, muss umgehend gehandelt und die bayerische Asylpolitik grundlegend geändert werden“, fordert Alexander Thal.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 30.06.2013 ■

Menschenunwürdigen Umgang mit Flüchtlingen beenden

„Es ist einfach zynisch, wenn Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) und Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sowie einige Medien meinen, der deutsche Staat konnte nicht weiter zusehen, wie sich Menschen auf offener Straße zu Tode hungern und dursten. Es ist wohl für einige besser, wenn Menschen nicht in Deutschland wegen menschenunwürdiger Bedingungen sterben, sondern in den Tod abgeschoben werden“, erklärt Sevim Daĝdelen, Sprecherin für Migration und Integration der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag anlässlich der Räumung des Flüchtlingscamps auf dem Münchner Rindermarkt. Daĝdelen weiter:

„Seit am 26. Mai 1993 über zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU, SPD und FDP die Axt an das Grundrecht auf Asyl setzten und es zur Unkenntlichkeit verstümmelten, kämpfen Flüchtlinge für die Gewährleistung einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik. Es ist Deutschland und die staatliche Gewalt, die Menschen zur Verzweiflung treibt, indem Flüchtlinge zur Abschreckung menschenunwürdig behandelt werden. Deutschland ist maßgeblich verantwortlich dafür, dass die Grenzen der EU zu Hochsicherheitsgrenzen gegen Flüchtlinge ausge-



baut werden und nur wenige Flüchtlinge überhaupt noch Deutschland erreichen. Und wem das gelingt, wird diskriminierenden Regelungen.

Die Proteste von Flüchtlingen machen eindringlich auf die unhaltbaren staatlichen Beschränkungen des Lebens von Schutzsuchenden in Deutschland aufmerksam. DIE LINKE unterstützt die Forderungen von Betroffenen und Verbänden solidarisch. DIE LINKE fordert deshalb die längst überfällige Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, inklusive des entwürdigenden und krank machenden Sachleistungs- und Lagersystems und der nur eingeschränkten Gesundheitsversorgung. Asylsuchende und Geduldete sollen zudem von Beginn an arbeiten und für sich selbst sorgen können. Auch für die europaweit einmalig strenge und strafbewehrte Beschränkung der Bewegungsfreiheit durch die sogenannte Residenzpflicht gibt es keinerlei Rechtfertigung. Die polizeilich-praktische Umsetzung dieser Vorschrift geht zudem einher mit rassistischen Kontrollpraktiken (racial profiling) und führt zur Stigmatisierung der Betroffenen."

Quelle: Pressemitteilung Sevim Dağdelen (MdB DIE LINKE) Berlin 01.07.2013 ■

Flüchtlinge aus Afghanistan suchen in Karlsruhe Schutz

Abschiebung nach Ungarn

Seit Mittwoch 12. Juni befindet sich eine Gruppe von rund 70 afghanischen Flüchtlingen in der Landesaufnahmestelle Karlsruhe. Die Gruppe setzt sich aus mehreren Familien mit Kindern allen Alters und Einzelpersonen zusammen, die sich in Ungarn im Flüchtlingslager Bicske zusammengeschlossen haben, um nach einem intensiven, aber vergeblichen Protest gegen die desolaten Zustände für Flüchtlinge in Ungarn, nach Deutschland zu fliehen.

Da Flüchtlinge in Ungarn akut von Obdachlosigkeit und mangelnder Integrationsunterstützung betroffen sind, finden schon seit November 2012 dort selbstorganisierte Demonstrationen und Proteste statt. Dort erhielten sie zwar einen Schutzstatus, der allerdings nicht viel mehr wert ist, als das Papier auf dem er steht: Nach maximal 12 Monaten in einem sog. „Pre-Integration-Camp" drohte ihnen dort, einfach auf die Straße gesetzt zu werden und sich selbst überlassen zu sein. Dennoch besteht nun die Gefahr, dass sie aufgrund der sogenannten europäischen Dublin-II-Verordnung wieder nach Ungarn abgeschoben werden. Nun wehren sie sich gegen die drohende Abschiebung von Deutschland nach Ungarn, indem sie auch hier öffentlich ihre Stimme erheben.

„Wir haben keine andere Möglichkeit gesehen als zusammenzubleiben und eine gemeinsame Lösung woanders zu suchen. Wir haben festgestellt, dass das europäische Asylsystem nicht funktioniert, es gibt keine Gleichbehandlung und gleiche Bedingungen für Asylsuchende und Flüchtlinge in Europa. Wir werden dieses System nicht akzeptieren. Wir müssen das für unsere Kinder tun." So schreiben die Flüchtlinge in einer Stellungnahme, die sie direkt nach ihrer Abreise an den UNHCR in Budapest geschickt haben.

Die dramatische Situation der Flüchtlinge in Ungarn zwischen Haft und Obdachlosigkeit ist nicht erst seit Beginn der Proteste in Budapest im vergangenen November bekannt. Sowohl der UNHCR als auch die deutschen NGOs Pro Asyl und bordermonitoring.eu haben auf die systemischen Mängel im ungarischen Asyl- und Aufnahmesystem hingewiesen und einen gemeinsamen Bericht veröffentlicht. Als Ergebnis dieser Recherchen forderte PRO ASYL bereits im März 2012, ab sofort Rücküberstellung von Asylsuchenden und Flüchtlingen nach Ungarn auszusetzen.

„Diese Menschen irren bereits seit Jahren durch Europa auf der Suche nach Schutz und einem Leben in Würde. Dass Familien mit kleinen Kindern sich wiederholt auf den Weg machen müssen, nur um wieder von Abschiebung bedroht zu sein ist beschämend. Flüchtlingsschutz muss mehr als ein Stück Papier sein. Denn auf diesem kann man weder schlafen noch kann man es essen", so eine Unterstützerin.

Weitere Informationen können Sie der Stellungnahme der Flüchtlinge selbst entnehmen, in der sie ihre Bemühungen um Integration in Ungarn detailliert beschreiben. Videos und Bilder aus den Protesten in Ungarn gibt es zudem auf der Seite der Budapester „Migrant Solidarity Group" (MigSzol): http://migszol.com/

Quelle: Netzwerk „Welcome to Europe" http://w2eu.net/ 26.06.2013 ■

■

Rechtsanwält_innen fordern: Sofortiges Ende der Gewalt in der Türkei

Seit einigen Wochen ist in der Türkei eine verschärfte, von staatlicher Seite praktizierte, brutale Unterdrückung bürgerlicher Freiheitsrechte - insbesondere auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit - zu beobachten. Sie überschreitet alle rechtsstaatlichen Grenzen und verletzt auf grobe Weise türkisches Recht wie auch internationale Verträge, welche von der Türkei ratifiziert wurden.

Hunderte Demonstrant_innen, Unbeteiligte, Journalist_innen und Anwält_innen wurden festgenommen. Noch viel mehr wurden verletzt, zum Teil schwer. Bis zum heutigen Tag werden die Menschen in der Türkei, insbesondere in Istanbul und Ankara, mit brutaler Polizeigewalt und sogar unter Androhung eines Militäreinsatzes an der Durchführung friedlicher Proteste gehindert.

In zunehmendem Maße richtet sich die staatliche Willkür in der Türkei nicht nur gegen die politische Opposition sondern auch gegen Rechtsanwält_innen. Dabei werden insbesondere jene Anwält_innen kriminalisiert, die in politischen Strafverfahren verteidigen.

Opfer dieser staatlichen Willkür sind sowohl einzelne als auch ganze Gruppen von Rechtsanwält_innen. Sie werden aufgrund eines pauschalen Terrorismusvorwurfs angeklagt und teilweise auch inhaftiert.

Allein in Istanbul sind dies

- 46 Anwält_innen im sogenannten KCK (Union der Gemeinschaft Kurdistans)-Verfahren, den überwiegend kurdischen Strafverteidiger_innen von Abdullah Öcalan;
- 16 Anwält_innen im Verfahren gegen Strafverteidiger von angeblichen Mitgliedern der linken und als terroristisch eingestuften politischen Organisation DHKP-C, darunter auch der Vorsitzende der größten progressiven türkischen Anwaltsorganisation ÇHD;
- der Präsident der Istanbuler Anwaltskammer zusammen mit 9 weiteren Vorstandsmitgliedern, welche im sogenannten „Schmiedehammerverfahren" die Einhaltung der Grundsätze eines fairen Gerichtsverfahrens sowie die Beachtung der UN Grundprinzipien, die Rolle der Rechtsanwält_innen betreffend, gefordert hatten.

Gegen diese extreme staatliche Willkür und Verletzung elementarer Freiheits- und Menschenrechte haben tausende von Rechtsanwält_innen in verschiedenen Gerichtsgebäuden friedlich protestiert. Daraufhin wurden ca. 50 Anwält_innen in einem Istanbuler Gerichtsgebäude gewaltsam festgenommen. Zahlreiche Anwält_innen wurden dabei verletzt. Anschließend wurden sie zur Feststellung ihrer Personalien fast 8 Stunden in Bussen, die Hände auf dem Rücken gefesselt, vor dem Gebäude der Antiterrorpolizei in Gewahrsam gehalten. Sie müssen ebenfalls mit Strafverfahren rechnen.

Wir verurteilen die extreme staatliche Willkür in der Türkei aufs Schärfste und fordern deren sofortige Beendigung.

Darüber hinaus fordern wir von der türkischen Regierung:

- Die Beachtung der durch die türkische Verfassung, die türkischen Gesetze und in den von der Türkei ratifizierten Internationalen Verträge garantierten Grundfreiheiten und Menschenrechte;
- Das Ende der willkürlichen Ein-

schränkung und Verletzung dieser Rechte unter dem Deckmantel angeblicher Antiterrorpolitik;
- Die Beachtung der UN Grundprinzipien, die Rolle von Rechtsanwält_innen betreffend, die es insbesondere gebieten, dass:
  1. Rechtsanwält_innen in Ausübung Ihrer beruflichen Aufgaben weder mit ihren Mandant_innen noch den Angelegenheiten ihrer Mandant_innen identifiziert werden und
  2. Rechtsanwält_innen ihre beruflichen Aufgaben ohne Einschüchterung, Behinderung oder Schikanen ausüben können;
- Die Beendigung der gegen zahlreiche Anwält_innen, ohne nachvollziehbaren Rechtsgrund angeordneten Untersuchungshaft, die sich zum Teil schon über 19 Monate hinzieht;
- Die Einstellung eindeutig politisch motivierter Strafverfahren gegen Anwält_innen, wie das KCK-Verfahren und das DHKP-C-Verfahren, sowie die Freilassung der im Rahmen solcher Verfahren Verurteilten;
- Die Rehabilitierung der Opfer dieser staatlichen Willkür sowie die Bestrafung der hierfür Verantwortlichen.

Wir verlangen von der deutschen Bundesregierung ungeachtet wirtschaftlicher, politischer und militärischer Interessen, alle möglichen politischen und wirtschaftlichen Schritte zu unternehmen, um die türkische Regierung zur Einhaltung dieser Forderungen zu veranlassen.

Quelle: Pressemitteilung Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV) 26.06.2013 ■

Ezidinnen und Eziden brauchen Schutz

„Angehörige der ezidischen Religionsgemeinschaft leiden im Nahen Osten unter Ausgrenzung und Anfeindungen bis hin zu gewaltsamen Angriffen…“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Situation von Angehörigen der ezidischen Religionsgemeinschaft“.

„Im vergangenen Jahr stellten 6301 Angehörige der ezdischen Religionsgemeinschaft einen Asylantrag in Deutschland, von denen 2985 aus dem Irak und 2319 aus Syrien stammen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres folgten weitere 2228 ezidische Schutzsuchende, darunter 940 aus dem Irak und 882 aus Syrien.

Nach Angaben der Bundesregierung leiden Eziden im Irak zwar unter keiner staatlichen Verfolgung und die Verfassung garantiert ihnen explizit Religionsfreiheit. Doch außerhalb der kurdischen Autonomieregion sind Eziden nach Kenntnis der Bundesregierung „gelegentlich Ziel von Anfeindungen oder gar gewaltsamer Angriffe islamistischer Kreise“. So wurden allein im Mai 2013 in Bagdad zehn Eziden aus religiösen Gründen ermordet.

Zu den Lebensbedingungen der Eziden in Syrien gibt die Bundesregierung an, keine Kenntnisse zu besitzen. Offenbar will sich die Bundesregierung hier vor der Erkenntnis drücken, dass Eziden in Syrien weniger durch den Staat als vielmehr durch die vom Westen bewaffneten djihadistischen Gotteskrieger in den Reihen der bewaffneten Opposition drangsaliert werden.“

Ulla Jelpke ■

„Gemeinsames Asylrecht“ verabschiedet

Am 12. Juni verabschiedete das Europaparlament das Gemeinsame Asylrecht. Dies sei nach dem Motto „Augen zu und durch“ geschehen, kritisierte PRO ASYL in ihrer Pressemitteilung vom gleichen Tag. Aus einer so genannten „Aufnahmerichtlinie“ sei im Zuge der Verhandlungen eine „Inhaftierungsrichtlinie“ geworden. Kein Staat habe auf seine Haftgründe verzichten wollen, so dass es nun sechs davon gebe, um Asylsuchende zu inhaftieren: Ungeklärte Identität, Beweissicherung im Asylverfahren, Prüfung des Ein reiserechts, verspätete Asylantragstellung, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie das Dublin-Verfahren. Selbst die frühere Position des Europaparlaments, auf die Inhaftierung unbegleiteter Flüchtlingskinder zu verzichten, sei aufgegeben wor- den. Für zwei Haftgründe hat sich die Bundesregierung besonders stark gemacht: Zuständigkeit bei Asylverfahren (Dublin-II-Verordnung) und verspätete Asylantragstellung.

Die Zustimmung des Europaparlaments zu dieser Regelung nennt PRO ASYL ein „menschenrechtliches Armutszeugnis“.

Als eine „zentrale Verbesserung“ bezeichnete die Flüchtlingsorganisation, dass es künftig eine Form des Rechtsschutzes geben werde hinsichtlich der aufschie- benden Wirkung bei drohenden Überstellungen. Die deutsche Praxis, „Asylsuchende im Morgengrauen abzuholen und auf dem Weg zum Flughafen die jeweiligen Überstellungsbescheide in ein anderes europäisches Land auszuhändigen“, werde „ein Ende gesetzt“. Kinder und Jugendliche jedoch dürfen nach der neuen Regelung nicht mehr „wie Stückgut in das Land der Einreise zurückgeschickt“ werden. Dies sei in jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen erkämpft worden.

(PRO ASYL v. 12.6.2013/Azadî) ■

Solidarität mit Hungerstreik

Am 28.6.9 besetzten linke Aktivist*innen in Düsseldorf die dortige sogenannte „Ausländerbehörde“. Dies geschah in Solidarität mit den hungerstreikenden Asylsuchenden in München. Wie wir gehört und gelesen haben, ist die Situation in München mehr als dramatisch. Wir glauben zwar nicht, wirklich einen effektiven Beitrag zu dem Kampf der Asylsuchenden von hier aus leisten zu können, allerdings erschien es uns angesichts der Lage notwendig zu handeln. Der Hungerstreik läuft bereits seit sieben Tagen, vier davon ohne die Aufnahme von Wasser. In Folge dessen sind bereits 21 Personen kollabiert. Die Forderung der Asylsuchenden vor Ort ist die Anerkennung des Rechts auf Asyl.

Einige Aktivist*innen verschafften sich kurz vor Ende der Öffnungszeiten Zugang zur „Ausländerbehörde“ und besetzten dort einen Raum. Vor dem Gebäude sammelten sich zahlreiche solidarische Menschen mit Transparenten und Flugblättern, auf denen die Pressemitteilungen der kämpfenden Asylsuchenden abgedruckt waren. Nach zwei Stunden räumte die Polizei das besetzte Büro mit einer Hundertschaft und nahm einige Personen in Gewahrsam. Den Genoss*innen wird Hausfriedensbruch vorgeworfen. Im Rahmen ihres Einsatzes gingen zivile Einsatzkräfte der Polizei auch auf einen anwesenden und als solchen erkennbaren Pressevertreter* los. Bei dem Einsatz wurde auch eine weitere Person von der Polizei verletzt und in Gewahrsam genommen.

Das Ziel der Aktion war, die Aufmerksamkeit auf den Hungerstreik nach München zu lenken. Es war und ist nicht unsere Absicht für die vor Ort kämpfenden Asylsuchenden zu sprechen. Es waren mehrere Pressevertreter*innen vor Ort, die diesen Anliegen mal mehr mal weniger Rechnung trugen.

Auch in anderen Städten (Münster, Berlin, Nürnberg, Bochum) gab es am 28.6. Aktionen in Solidarität mit den Leuten in München.

Für die nächsten Tage gilt es weiterhin, den Kampf der Asylsuchenden zu unterstützen. Macht eure Solidarität deutlich, wählt Aktionsformen, die Aufmerksamkeit erzeugen und stellt die Forderungen des Hungerstreiks in den Vordergrund!

No border – no nation – Bleiberecht überall!

Quelle: https://linksunten.indymedia.org 28.06.2013 ■

Schreibend überleben, über Leben schreiben

Aufsätze zu Victor Klemperers Tagebüchern der Jahre ‘33 bis ’59

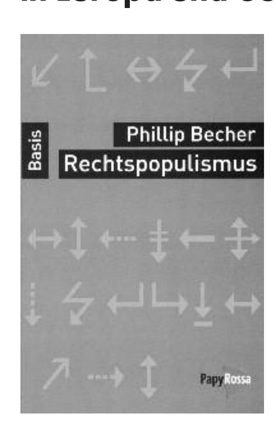


Victor Klemperer (1881–1960) bezeichnete seine Tagebücher aus der NS-Zeit nachträglich als seine „Balancierstange“. Doch wann stockte seine Feder vor Entsetzen und Abscheu? Wie versuchte er, sich Rechenschaft über seine Lage abzulegen? Woraus bezog er seine Kraft?

Für Lothar Zieske sind die Tagebücher Klemperers nicht vordergründig als Quelle für die allgemeine politische und soziale Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands zu verstehen, sondern dienen ihm vielmehr dazu, Klemperers biographische Entwicklung und deren Dynamik und Widersprüchlichkeit nachzuvollziehen. Zieske fragt u.a. nach den Lücken in Klemperers Tagebüchern und Jahresrückblicken von 1933 bis 1945. Er beschäftigt sich mit dem Auschwitz-Begriff bei Klemperer vor und nach 1945 und reflektiert anhand seines „Humanismus“–Essays aus dem Jahr 1953 Klemperers Bemühen um den Erhalt der Alten Sprachen als Unterrichtsfächer in der SBZ und DDR.

Lothar Zieske
Schreibend überleben, über Leben schreiben – Aufsätze zu Victor Klemperers Tagebüchern der Jahre 1933 bis 1959
Sprache: Deutsch; 228 Seiten, Klappenbroschüre; Hentricht & Hentrich; Verlag für jüdische Kultur und Zeitgeschichte; ISBN: 978-3-942271-99-8, 17,90 €

Aufstand der Eliten – Rechtspopulisten auf dem Vormarsch in Europa und USA



Der Sozialwissenschafter Phillip Becher hat kürzlich seine Studie über den Rechtspopulismus in Europa und den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Mittlerweile gibt es in fast der Hälfte der 27 EU-Mitgliedsstaaten Parteien rechts von der „bürgerlichen Mitte“, die Sitze in den nationalen Volksvertretungen oder dem Europäischen Parlament erlangt haben. In den USA profiliert sich die von Öl-Multis unterstütze Tea-Party-Bewegung als eine Kraft, die sozialen und demokratischen Fortschritt bekämpft. Es ist bereits von einer „Renaissance des Rechtspopulismus“ die Rede. Susann Witt-Stahl sprach mit Phillip Becher über jüngste Entwicklungen des Phänomens, die Unterschiede zum Faschismus und welche Auswirkungen der Rechtspopulismus in den Regierungen hat. Sie fragte nach dem Verhältnis von Wilders, Strache & Co zum Neokonservatismus und Zionismus, ihren neuen Ideologemen und Strategien und ob die politischen Antworten der Anti-Rechts-Bündnisse überhaupt noch zeitgemäß sind...
weiterlesen: http://www.hintergrund.de/201306212638/politik/welt/aufstand-der-eliten.html

Rechte Euro-Rebellion – Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.



Die Alternative für Deutschland ist im April 2013 als Anti-Euro-Partei gegründet worden, die sich konservativer und marktliberaler positioniert als CDU und FDP . Inhaltlich steht sie dem Netzwerk um den Verein Zivile Koalition e.V. des Ehepaares Beatrix und Sven von Storch nahe. In diesem Band werden Geschichte und Hintergründe der Alternative für Deutschland und der Zivilen Koalition e.V. beleuchtet. Aus dem Scheitern der rechtspopulistischen DM-Partei Bund Freier Bürger und der unternehmernahen Lobbyorganisation Bürgerkonvent e.V. sind rechtskonservativ-libertäre Fortsetzungsprojekte mit neuen Strategien entstanden. Das Besetzen von linken Begriffen wie Direkte Demokratie und Alternative Bewegung ist dabei nicht nur als rechte Diskurspiraterie zu interpretieren, sondern als neue politisch-praktische Strategie. There is no Alternative gilt für die deutsche Tea-Party-Bewegung nicht.

Andreas Kemper
Rechte Euro-Rebellion
Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.
Reihe Antifaschistische Politik [RAP], Band 9
farbig, TB, 110× 180 mm
ca. 96 Seiten, ca. 9.80 Euro
ISBN 978-3-942885-49-2 | WG 973
Neuerscheinung ca. Juli 2013

Empfehlenswertes Interview mit dem Autoren: http://www.heise.de/tp/artikel/39/39244/1.html

Andreas Kemper arbeitet als Doktorand der Universität Münster zum Thema Klassismus. Er publiziert zum organisierten Antifeminismus und zu Klassendiskriminierung. Weitere Informationen finden sich auf seiner Website. (http://andreaskemper.wordpress.com/)

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Junge Freiheit setzt auf die Partei „Alternative für Deutschland“

Junge Freiheit 27/13, 28. Jun

Der Blatt erscheint gleich mit zwei Übersichtsseiten zur Kandidatur der AfD. Wer in welchem Bundesland von der AfD kandidiert, wie viel Unterschriften bereits gesammelt sind und mit den jeweiligen Kontaktdaten der Landesverbände und Auszügen aus dem Wahlprogramm. Die Junge Freiheit hat in den letzten 20 Jahre schon immer wieder rechte und rechtsextreme Parteikonzepte in den Fokus gestellt, aber noch nie in dem Umfang, wie sie das jetzt mit der AfD macht. Das muss zu denken geben. Vermutlich haben sich in den letzten Monaten zahlreiche rechtsextreme Kräfte in die Partei eingeschlichen. Bei den Umfragen liegt die AfD zwischen 2 und 3 Prozent. Dieter Stein hofft auf eine Wende:

„Bis Anfang des Jahres wiegte sich die politische Klasse in Berlin im selbstgefälligen Frieden, daß bürgerliche Proteste gegen die Euro-Rettungspolitik keine wahlentscheidende Rolle spielen würden. Dann das Überraschende: Um den bis dahin nur Währungsexperten bekannte Volkswirtschaftler Bernd Lucke sammelt sich eine Schar rebellischer Bürger, deren Zahl fast so schnell wächst wie die ESM-Haftungsrisiken.“ Nach Angaben der Jungen Freiheit soll es bereits 14 000 Mitglieder geben, „Tendenz steigend“. Anscheinend ist die Junge Freiheit tatsächlich sehr beeindruckt von der AfD-Gründung, wenn sie schreiben:

„Die AfD ist indes tief eingebrochen ins Zentrum einer wissenschaftlich-medialen Elite des Landes. Die Sprengkraft kommt nicht von den Rändern, sondern aus einer intellektuellen Mittelschicht. Jene Leistungsträger, die am sensibelsten wahrnehmen, wie die politische Klasse lautlos die Ersparnisse für die heute geborenen Kinder verfrühstückt, mit den Altersrücklagen der Bürger Zocker-Banken rettet und durch Niedrigzinsen fleißige Sparer enteignet, um sich ungebremst verschulden zu können.

Mit der Vergemeinschaftung der europäischen Schulden steht die nationalstaatliche Souveränität Deutschland zur Disposition. Am 22. September wird darüber abgestimmt. Ob sich alle Deutschen von Merkels Sirenenklängen einlullen lassen?“

Der Bundeswahlleiter hat inzwischen neben der AfD auch weitere rechte bzw. rechtsextreme Parteien zur Bundestagswahl zugelassen: NPD, pro Deutschland, Die Rechte und weitere kleine Gruppen. Das heißt, die politische Rechte wird weiter aufgespalten kandidieren und die CDU/CSU wird davon profitieren.

CDU rückt erstmals von den Vertriebenenverbänden ab

Junge Freiheit 28/13, 5. Juli 2013

Unter der Überschrift „Landsmannschaft Schlesien verliert Büro“ berichtet das Blatt, dass das „Haus Schlesien“ in Königswinter bei Bonn der Landsmannschaft Schlesien das Büro gekündigt habe. Das Blatt berichtet: „Der private Verein begründet die Kündigung mit angeblich ‚revanchistischen Tönen‘ des Vorsitzenden der Landsmannschaft, Rudi Pawelka, auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier im Juni in Hannover. Gegenüber der Jungen Freiheit wollte sich der Verein nicht zu den genauen Gründen der Kündigung äußern“. Pawelka äußert sich gegenüber dem Blatt: „Wir haben Einspruch gegen die Kündigung eingelegt. Die Begründung sei an den Haaren herbeigezogen“. Dann vermutet das Blatt: „Im Vorstand des Trägervereins des ‚Haus Schlesien‘ sitzt auch der CDU-Politiker Michael Petsch. Dieser war als Vorsitzender der Schlesischen Landesvertretung vor dem Deutschlandtreffen zurückgetreten, nachdem er Pawelka vorgeworfen hatte, den Versöhnungsgedanken in seiner Rede nicht stark genug zu betonen. Daraufhin hatten auch Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) und Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) ihre Teilnahme am Schlesiertreffen abgesagt.“

Chefredakteur Dieter Stein äußert sich zu dem Thema höchstpersönlich in einem Kommentar auf der Seite 1. Er weist darauf hin, dass auch Pawelka in der CDU ist und meint dann: „Die Rede sollte vom Innenminister regelrecht ‚abgesegnet‘ werden. Wiederholt wurden mit dem Entzug staatlicher Unterstützungszahlungen gedroht, wenn sich der Vertriebenenchef nicht gefügig zeige. Da Pawelka standhaft blieb und seine Rede hielt, rächten sich seine Gegner nun mit der Kündigung durch das ‚Haus Schlesien‘. Es sind immer mickrigere Latifundien, für die manche BDV-Funktionäre bereits sind, vor dem Zeitgeist zu kapitulieren. Eine Schande.“

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die revanchistischen Kräfte diesen Rat der Jungen Freiheit annehmen. Die „mickrigen Latifundien“ sind nämlich gar nicht mickrig. Jedes Jahr bekommen die Vertriebenenorganisationen Millionen Euro. Wenn man die Gelder der letzten 60 Jahre mal addiert, würde einem ganz schwindelig werden. Es ist gut, dass der SPD Innenminister Zwietracht in die CDU-Kreise gebracht hat. Seit Jahren sträuben sich aber die Sozialdemokraten, den Vertriebenorganisation staatliche Mittel komplett zu entziehen. Es wird Zeit!

jöd ■

Aus der Rede von Pawelka

„Es war ein absoluter moralischer Tiefpunkt der deutschen Außenpolitik, als Außenminister Westerwelle in Königsberg einen Kranz für die gefallenen Rotarmisten niederlegte und nicht für die von ihnen ermordeten oder zu hunderttausenden vergewaltigten Frauen. Auch über die ermordeten Kinder wurde hinweggegangen. Weiß er nicht, dass die beiden russischen Schriftsteller Aleksandr Solzenicyn und Lew Kopelew die Brutalitäten der Roten Armee nicht mehr ertragen konnten und dagegen protestierten? Beide handelten sich dafür Inhaftierung in einem Gulag ein.“